

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 29. Oktober 1927

Nummer 87

## Freiheit der Wirtschaft

Wir kommen wirtschaftspolitisch immer mehr zur Bindung der Kräfte. Der Zwang beherrscht die Entwicklung. Die ehemals so stark propagierte liberale Wirtschaftstheorie, daß alles im freien Spiel der Kräfte sich entwickeln müsse, damit die Persönlichkeit zur Geltung komme, der Befähigte voranschreite und der Unbefähigte zugrunde gehe, ist verklungen und feiert nur gelegentlich eine schwache Auferstehung. Nur wenn bei einer Ausartung des Getriebes staatliche Bevormundung eingreift, erhebt sich der Widerstand; es erscheint wieder das Postulat der freien Wirtschaft. Im Endergebnis handelt es sich aber nur um eine Verharmung gegen jeden Eingriff in die Zwangswirtschaft, die auf der Grundlage wirtschaftlicher Machtentfaltung von den verschiedenen Interessengruppen betrieben wird. Trotzdem hat man keine Bedenken, jede Subvention anzunehmen, die von der Regierung aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt wird, und wo nur eine Bedrängnis sich zeigt, wird sie zehnfach vergrößert, um auf Kosten der Allgemeinheit eine möglichst große Zuwendung in Sicherheit zu bringen.

Im Nehmen allzeit bereit, im Geben die größte Zurückhaltung. In diesen Ideenkreis gehört auch die vielfach geäußerte Ansicht, daß die Sozialpolitik zu einer unerträglichen Last für das Unternehmertum werde und die wirtschaftliche Entwicklung hemme. Aus dieser Einstellung kam Herr v. Borjg zu dem Bekenntnis, daß die Sozialversicherung übertrieben sei. Das Natürlichste sei, daß jeder Sparfennig für Zeiten der Not zurücklege, im übrigen müsse die Armenfürsorge einzutreten. Ohne Fürsorge gingen vielleicht 20 000 Menschen zugrunde, aber 5000 könnten dann wenigstens Werte schaffen. Der Reichsverband der deutschen Industrie klagt über den Eingriff der Schiedsgerichte bei Lohnstreitigkeiten und findet es abheulisch, daß Tarifverträge für rechtsverbindlich erklärt werden. Schließlich kommt Professor Cassel, der sich sonst einen recht achtbaren Namen erworben hat, und beweist uns, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge der hohen Löhne ist, die hohen Warenpreise dieselbe Ursache haben, und das alles soll sich legen Endes durch die nach dem Kriege ausgebildete regelmäßige Staatsunterstützung der Arbeitslosen erklären, die in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer kräftigen Hilfe zur Aufrechterhaltung der unnatürlichen Lohnstaffelung des Gewerkschaftsmonopolismus hat.

Über nehmen die Gewerkschaften wirklich eine Monopolstellung ein? Mit der Monopolstellung eines Trusts haben sie nichts gemein, denn es fehlen ihnen die Machtmittel jener kapitalistischen Organisation. Sie haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, den gleichen Zwang auszuüben; sie können keine Strafe festsetzen, um ihre Mitglieder an die Vereinbarung zu binden, denn jeder kann frei seine Wege gehen, und das geschieht lieber zum Schaden der übrigen viel zu oft. Das Riesenheer der Arbeiter erschwert den organisatorischen Zusammenschluß. Das ist eine Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation, die sich das Unternehmertum immer wieder zunutze macht. Gewiß, die Stellung der Gewerkschaften ist heute gefestigter als je. Sie sind Vertragskontrahent bei Tarifabschlüssen, sie haben in den Korporationen, die durch die soziale Gesetzgebung geschaffen sind, ihre Vertretung, sie treffen hier mit der Vertretung der Unternehmer zusammen. Aber eine Monopolstellung ist das nicht; es vollzieht sich nur so langsam die Änderung, daß die Arbeitskraft des Menschen nicht mehr behandelt wird wie irgendein Material, das zur Fabrikation gebraucht wird, und dessen Preis die Börse nach Angebot und Nachfrage bestimmt.

Nur so wurde es möglich, daß in der Zeit der schwersten Krise, die Deutschland durchgemacht hat, der Preis der Arbeitskraft nicht auf das Niveau sank, als es bei dem enormen Angebot im freien Wettbewerb geschehen mußte. Daß das eine Monopolstellung der Gewerkschaften? Nun, nicht müssen wir sie mit allen Mitteln verteidigen. Sondern weitere Sinken des Lohnes während der Krise hätte uns noch tiefer abwärts gleiten lassen. Ja, Herr Professor Cassel, wir hätten die Kaufkraft einer großen Schicht der Konsumenten herabgesetzt, und hätten uns nicht geholfen, mit niederen Warenpreisen, aufwärts zu kommen, weil wir schließlich in der Lebenshaltung der großen Masse auf einem Niveau angelangt wären, daß nur noch das unbedingt zum Leben Notwendige an Nahrungsmitteln befriedigt werden konnte. Für eine solche Schicht von Ar-

beitern hat die Verbilligung von Industrieerzeugnissen keinen Wert mehr, sie scheiden als Käufer für diese Waren aus, ihre Kaufkraft ist so gelähmt, daß jedes lebende Element des Aufstieges versagt.

Die Gewerkschaften verhüteten den Zusammenbruch, indem sie die Lohnhöhe wahren. Deshalb, ihr Gelehrten und ihr Schulhalter des Unternehmertums, haben die Gewerkschaften nie etwas auf eure gesäuberte und hohe Beweisführung gegeben. Sie stellten drei Aufgaben in den Vordergrund: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Rationalisierung der Produktion. Nicht ohne Erfolg. Die Rationalisierung hat sich durchgesetzt, sie wird weiter fortgeschritten. Mit jeder weiteren Lohnerhöhung, mit jeder Verkürzung der Arbeitszeit werden wir dem Gleichgewicht näherkommen, das zwischen Warenmarkt und Arbeitsmarkt bestehen muß.

Sozialpolitisch kann sich der heutige Staat nicht auf den Standpunkt des Herrn v. Borjg und der vereinigten Arbeitgeberverbände stellen, die in der Unterstützung der Arbeitslosen, um eine geläufige Redensart in diesen Kreisen zu gebrauchen, eine Prämie auf die Faulheit erblicken. Ein Arbeitslosenheer von zwei Millionen Menschen, wie es Deutschland während der schlimmsten Zeit der letzten Krise erlebte, kann seinem Schicksal nicht überlassen werden. Kein Staat kann sich den sozialpolitischen Verpflichtungen gegenüber diesem Arbeitslosenheer entziehen. Die entstehenden sozialpolitischen Lasten entscheiden auch nicht über unsre Warenausfuhr nach dem Auslande. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird vielmehr durch die vom Ausland aufgerichteten Zollmauern erschwert. Sie aber mit niedrigen Löhnen überwinden zu wollen, ist ein Beginnen, das sehr wahrscheinlich dem Auslande nur Anreiz zu Zollserbühungen gibt. In Wahrheit kann sich das deutsche Erzeugnis nur durch seine Qualität Geltung auf dem Weltmarkt verschaffen. In dieser Auffassung stimmen wir mit dem Reichsverband der deutschen Industrie überein.

Deutschland verfügt über eine intelligente Arbeiterschaft, die zu hochwertigen Leistungen herangezogen werden kann. Folgen wir aber der Wirtschaftspolitik der Unternehmerrückzieher, die jeden Wettbiss vermissen lassen, die engherzig und einseitig los den Problemen gegenüberstehen, die uns die gegenwärtige Zeit zur Lösung überantwortet hat, dann wären wir verloren. Zum Glück bestimmen die Verhältnisse stärker als die Torheiten des deutschen Unternehmertums unser Handeln.

Robert Schmidt, M. d. R.

## Kapitalistische oder soziale Wirtschaftspolitik?

Seit Anfang 1925 regiert im Reich, teils offen, teils verdeckt, der Bürgerhob. Der Ausschluß der Arbeiterklasse von Mitregierung und Mitverantwortung erfolgte, weil das Bürgertum, ungehindert von sozialen Erwägungen, die Neuordnung der deutschen Wirtschaft vornehmen wollte. Wenn auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen sind, so hat die Alleinherrschaft des Bürgertums ihm doch zweifellos reiche Früchte gebracht. Die technische und wirtschaftliche Rationalisierung ist unter Tragung ungeheurer Lasten durch die Allgemeinheit und durch die Arbeiterklasse weit vorgeschritten. Ihre Vorteile aber sind allein dem Unternehmertum zugeflossen, das gleichzeitig seine Steuerlasten ermäßigt und seine Gewinne erhöht hat.

Erst seit wenigen Monaten hat auch die Arbeiterklasse aus der Rationalisierung Vorteile gezogen. Bis dahin trugen zwei Millionen Erwerbslose die fürchterliche Bürde einer monotonen und jahrelangen Erwerbslosigkeit. Unter dem Druck dieser Massenarbeitslosigkeit sanken die Nominallöhne oder blieben auf ihrem alten niedrigen Stand. Da aber gleichzeitig die Preise stiegen und die Mieten vielfach heraufgesetzt wurden, sank der Reallohn ununterbrochen. Es war deshalb selbstverständlich, daß die Besserung der Konjunktur überall das Verlangen nach Erhöhung der Reallohn zeitigte.

Aber schon zeigen sich wiederum Wolken am Himmel der Konjunktur. Die Kapitalnot, diese Kriegs- und Inflationsfolge, dauert an. Der hohe Zinssatz ist das äußere Anzeichen dafür, keine Erhöhung durch die Reichsbank aber ist zugleich eine Mahnung zur Vorsicht. Soll die eben überwindene erzwungene Beschäftigungslosigkeit wiederum das

Schicksal von Millionen werden? Man braucht die Frage nur aufzuwerfen, um die ungeheure Verantwortung zu erkennen, die auf der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ruht. Durch den hohen Zolllast, durch den Zollkrieg insbesondere mit Polen, und durch die Duldung der Preistreiber bei Kartelle ist ohnedies die Wirtschaftsgesundung erschwert und verlangsamt worden. Daher gilt es rechtzeitig zu warnen vor wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den Aufschwung der Konjunktur unterbinden oder gar zu einem Rückschlag führen können.

Die sozialdemokratische Wirtschaftsinterpellation sucht diese Aufgabe zu erfüllen. Dem Wirtschaftsleben droht durch die Erhöhung der Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen große Gefahr. Als kapitalarmes Land kann Deutschland Auslandsgeld nicht entbehren. Selbstverständlich müssen diese Gelder produktiv verwendet werden. Aber das kann bei den öffentlichen Körperschaften ebenso gesichert werden wie bei den privaten Unternehmungen. Daher wird verlangt, daß Anleihen öffentlicher Körperschaften nach den gleichen Gesichtspunkten behandelt werden wie private Auslandsanleihen. Für den Fortgang der Konjunktur aber ist insbesondere die Aufnahme von Auslandsanleihen für den Wohnungsbau unerlässlich. Der deutsche Kapitalmarkt hat bei der Finanzierung des Wohnungsbaues für 1927 völlig versagt. Die Erträge der Hauszinssteuer können nur einen Teil des Wohnungsneubaus finanzieren. Sollen etwa 250 000 Wohnungen jährlich gebaut werden angesichts eines Fehlbedarfs von 1 Million Wohnungen, das ist die Mindestmenge, so muß für etwa 100 000 Wohnungen das Kapital vom Auslande beschafft werden. Aber während das Reichsarbeitsministerium und eine Mehrheit im Reichstage dafür eintraten, widersetzte sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Er steht den Wohnungsbaues nicht als produktiv an. Auch aber die Bautätigkeit infolge des Mangels an Kapital eingeschränkt werden, so sind überaus empfindliche Störungen der Konjunktur unausbleiblich.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist der Abschluß von Handelsverträgen. Noch immer befindet sich Deutschland im Zollkrieg mit Polen, wodurch nicht nur der deutsche Osten, sondern die ganze deutsche Wirtschaft geschädigt werden. Hunderttausende von Arbeitern könnten neue Beschäftigung erhalten, wenn endlich durch einen Handelsvertrag mit Polen die deutschen Industrieerzeugnisse in früherem Maße in Polen abgesetzt werden. Ebenso wichtig ist es, daß die gewaltig überhöhten Zölle abgebaut und der Hochhaltung der Preise durch die Kartelle entgegenge wirkt wird. Beides sind die wichtigsten Ursachen für das dauernde Steigen der Preise für Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände, durch die nicht nur die Lebenshaltung des deutschen Volkes herabgedrückt, sondern auch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt erschwert wird.

Unter diesen hohen Preisen leiden alle Schichten des deutschen Volkes. Trotz besserer Beschäftigung ist daher das Dasein von Millionen Menschen unerträglich schwer. Die Löhne sind unzureichend, die Renten noch dürftiger, und selbst bei größter Sparsamkeit können die meisten Menschen nicht einmal die bescheidensten Ansprüche befriedigen. Die tiefe Unzufriedenheit der Massen hat hierin ihre begründete Ursache. Daher geht es nicht länger an, Löhne und Renten tief unter dem sozialen Existenzniveau zu halten. Die Staatsgewalt muß in der Erfüllung ausreichender Lebensansprüche der Masse des Volkes eine wichtigere Aufgabe sehen als in dem Schutz der Profitinteressen kleiner Schichten. Sie muß mithelfen, damit die Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft, die die Lasten der Rationalisierungsjahre lang getragen haben, nun auch an ihren Gewinnen beteiligt werden. Durch eine vorbildliche Lohnpolitik in den öffentlichen Unternehmungen und durch Erhöhung der sozialen Renten ist der Kampf der Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft um die Erhöhung ihrer Bezüge zu erleichtern.

Das ist um so notwendiger, da die Unternehmer freiwillig keine ausreichenden Lohnerhöhungen gewähren und durch die Errichtung von Kriegsstufen bewußt auf eine Verschärfung der sozialen Kämpfe hinwirken. Diese unsoziale Gesinnung, dieser Klassenkampf des Unternehmertums gegen Arbeiter und Angestellte ist schuld an den zahllosen Lohnkämpfen, an der weiteren Verzerrung der Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeitern. Wie weit die unsoziale Gesinnung und die Verachtung für den Willen

der Staatsgewalt bei den Unternehmern bereits wieder geht, zeigt die Begründung für die Bildung der Kriegskassen der Schwerindustrie. Ihr Zweck ist auch der Kampf gegen die Durchführung einer gefeßlichen Anordnung, nämlich der Neuordnung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie, die am 1. Januar 1928 in Kraft treten soll.

Die sozialdemokratische Interpellation ist aber mehr als eine Mahnung an die Reichsregierung. Ihre einzelnen Vorhänge entpingen der Erkenntnis, daß bei der Wirtschaftspolitik nicht wie bisher das Interesse der kapitalistischen Unternehmungen den Ausschlag geben darf, sondern die Wohlfahrt des Volkes. Daher keine Wirtschaftspolitik, die nur der Erhaltung und Förderung des Unternehmergewinns dient, sondern Maßnahmen, die allen Arbeitsfähigen Arbeitsmöglichkeiten gewähren, die ein weiteres Ansteigen der Preise verhindern und die Einkommen erhöhen. In der Vertretung dieser großen sozialen Gedanken weiß die Sozialdemokratie sich einig mit dem ganzen arbeitenden Volke und sie wird, gestützt auf diese Volksmassen, den Kampf für diese Forderungen bis zum Erfolge führen.

### Karl Lindenlaubs letzter Gang

Am 20. Oktober wurde die sterbliche Hülle des Kollegen Lindenlaub dem Schoß der Erde übergeben. Die große Zahl der Leidtragenden, besonders seiner Berufskollegen, die dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen, legte Zeugnis ab für die allgemeine Beliebtheit, deren er sich erfreuen konnte. Die Leichenfeier in der Friedhofshalle wurde mit Trauermusik und einem stimmungsvollen Chor der „Typographia“ eingeleitet, worauf der Geistliche die Trauerrede hielt. Anschließend legte der Vertreter der Firma Herber, bei welcher der Verstorbene über 50 Jahre konditionierte, mit ehrenden Worten einen Kranz nieder. Nachdem noch der Gesangsverein „Eintracht“ einen Chor gesungen hatte und die Töne der Trauermusik verklingen waren, bewegte sich der große Trauermusikzug zur letzten Ruhestätte des Verstorbenen, an der Seite seiner im letzten Jahr verstorbenen Gattin.

Am Grabe legte zunächst der Vertrauensmann der Druckerei Herber einen Kranz nieder, wobei er die guten Eigenschaften des langjährigen Mitarbeiters hervorhob. Hierzu widmete Gauvorsteher S and s o r t dem teuern Verstorbenen folgende Worte: „Die Trauerkunde von dem Tode unfres lieben Kollegen Karl Lindenlaub hat uns alle tief erschüttert. Trotzdem wir wußten, daß er krank war, kam die Trauerbotschaft unerwartet. Wir hatten gehofft, daß sich sein Leiden wieder bessern würde und wir ihn bald wieder in unsrer Mitte hätten begrüßen können. Doch der Allbewegener Hob-t hat seinem Leben ein Ziel gesetzt. Er, der immer rastlos Tätige, hat nun Ruhe gefunden. Es sollte ihm kein ruhiger Lebensabend, den er mit Recht verdient hätte, beschieden sein. Trauernd stehen wir an seinem Grabe und beklagen den Verlust unfres langjähriger Führers. Kollege Karl Lindenlaub trat gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit im Jahre 1880 seiner Berufsorganisation, dem Verband der Deutschen Buchdrucker, bei, dessen Mitglied er demnach 47 Jahre war. Er war ein treues Verbandsmitglied und hat schon in jungen Jahren Opfer für seine Verbandstreue gebracht. Ihm genügt nicht die bloße Mitgliedschaft, er wollte tätig sein, und so betrat er das Vertrauen seiner Kollegen in die verschiedensten Ehrenämter. Von 1894 bis 1904 war er als Beisitzer und Schriftführer Mitglied des Gauvorstandes und gleichzeitig mehrere Jahre Geschäftsvorstandes des Tarifschiedsgerichts Freiburg. Pfingstnabzwanzig Jahre war er Beisitzer des Oberverwaltungsamts Freiburg. Vom Jahre 1904 bis 1924 war er Vorsitzender des Gauvereins Oberheim. Was er in dieser langen Zeit für die Organisation geleistet hat, wird ihm unvergessen bleiben. Seine ganze Kraft hat er in den Dienst der Organisation und seiner Berufskollegen gestellt. Auch nach seinem Rücktritt vom Vorsitzendenamt hat er reges Interesse für die Organisation befundet. Soweit es sein Gesundheitszustand erlaubte, nahm er an den Versammlungen sowie auch an den Vorstandssitzungen teil. Für ihn gab es kein Zurruhesitzen. Sein dichterisches Talent hat er stets in den Dienst der Arbeiterfrage gestellt und hat damit auch unfre Feste verschönert. Sein ruhiges Wesen, sein offener, ehrlicher Charakter haben ihm in allen Kreisen viele Freunde erworben. Ein Vorbild treuer Pflichterfüllung war uns der Verstorbene, und hier an seinem Grabe geloben wir, in seinem Sinne weiterzuarbeiten. Der schwer heimgegangenen Familie des lieben Verstorbenen sprechen wir herzlichste Beileid aus. Möge Ihnen die allseitige Anteilnahme an dem schweren Verlust, den Sie durch den Tod Ihres Schülers und Beraters gefunden haben, ein kleiner Trost in Ihrem herben Schmerz sein. Wir nehmen nun Abschied von unfrem lieben Kollegen Lindenlaub. Sein Andenken wird bei uns stets in Ehren gehalten werden. Als äußeres Zeichen der Dankbarkeit lege ich für den Gau Oberrhein diesen Kranz nieder. Ruhe in Frieden!“

Hierauf wurde im Auftrage des Verbandsvorstandes ein Kranz niedergelegt, wobei die Verdienste, die sich der Verstorbene um die Organisation erworben hat, gewürdigt wurden. Es folgten die Kranzniederlegungen für die Gauen Württemberg und Mittelrhein, die persönliche Vertreter entsandt hatten, welche des langjährigen Freundes mit ehrenden Worten gedachten, des weiteren für die Gauen Bayern, Frankfurt-Hessen, Leipzig, Obergau, Rheinland-Westfalen und Thüringen. Die Vertreter der fünf Bezirke

des Gauvereins legten mit Dankesworten für die Arbeit, die der Verstorbene in den Bezirken geleistet hat, Kranzspenden nieder. Es folgten die Spartenvertreter, die hervorhoben, daß er auch für sie stets ein warmes Interesse befandete, sowie die Vertreter der Ortsvereine Mühlheim und Waldkirch. Zum Schluß legten Vertreter der Gesangsvereine „Typographia“ und „Eintracht“ Kränze nieder. Mit dem Chor „Ein Sohn des Volkes“, gesungen von der „Typographia“, fand die Trauerfeier ihren Abschluß. Von Gauen, Ortsvereinen und persönlichen Freunden des Verstorbenen sind Beileidsbezeugungen eingetroffen, die zeigen, daß mit dem Kollegen Lindenlaub ein guter und edler Mensch von uns geschieden ist. Leicht sei ihm die Erde!

### Landesversammlung der Drucker Württembergs

(zugleich 30. Stiftungsfest des Stuttgarter Druckervereins)

Am 8. und 9. Oktober kamen die Drucker Württembergs in Stuttgart zu ihrer Landesversammlung zusammen. Das 30. Stiftungsfest des Stuttgarter Vereins am 8. Oktober gab den richtigen Auftakt zu dieser Veranstaltung. Es gab auch den auswärtigen Kollegen Veranlassung, bereits an diesem Tage in großer Anzahl zu erscheinen. Der Kongressaal der „Liederhalle“ war bis auf den letzten Platz besetzt. In seiner Begrüßungsansprache gab der Vorsitzende Kollege K e l l e r einen kurzen Rückblick über die Entstehung des Vereins und seine Entwicklung bis heute. Er würdigte dabei die Verdienste der Jubilare, insbesondere derjenigen, die längere Zeit dem Vorstand angehört haben. Das Stiftungsfest war umrahmt von musikalischen und gesanglichen Vorträgen, weiter durch Tänze der Kreisfeste des Arbeiterturn- und Sportbundes, die sehr viel Beifall fanden. Der Höhepunkt des Abends war neben einer ausgezeichneten Feste des Vorsitzenden der Zentrale, des Kollegen B r. A d e r m a n n, die Ehrung der Jubilare, die 25 bis 30 Jahre dem Verein angehören. Als äußeres Zeichen des Dankes erhielten die noch beruflich tätigen Jubilare eine kleine Uhr mit Marmorsockel, die inaktiven Jubilare einen kleinen Präsentkorb. Eine Überraschung bildete das prächtige Geschenk des Karlsruher Druckervereins (eine Fallstaffel-Figur mit Banner in den Buchdruckerfarben), überreicht durch ihren Vorsitzenden Feichtiger. Es sei auch an dieser Stelle nochmals dafür gedankt. Dank gebührt auch dem Singchor der Buchdrucker-Gesellschaft für seine zahlreiche Beteiligung und prächtig vorgetragenen Chöre. Zum Stiftungsfest waren der gesamte Gauvorstand, die Vertreter aller Sparten sowie des Bildungsverbandes und der Hilfsarbeiterorganisation erschienen. Der Kreis Berlin ließ durch den Kollegen W a l t e r B o e w e r persönlich die besten Glückwünsche übermitteln. Glückwunschtelegramme und -briefe waren eingelaufen von den Druckervereinen Mannheim-Ludwigschafen, Hannover, Leipzig und Bremen. Das Papier zu unfrem Programm stiftete in freundlicher Weise die Firma Berthold Siegmund; den Druck übernahm kostenlos die Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht“. Auch dieselben Firmen möchten wir hier nochmals bestens danken. Ebenfalls danken wir allen Gönnern und Freunden, die zur Unterstützung und zum guten Gelingen unfres Festes beigetragen haben. Ein anschließender Ball beschloß diese harmonische und gemütlige Feier.

Am Sonntag, dem 9. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, wurde die Landesversammlung in der „Schwäbischen Bilderhalle“ eröffnet. Der Kreisvorsitzende B ö t t c h e r begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Vorsitzenden der Zentralkommission, den Kollegen Bruno Ackermann, den Kollegen B o e w e r als Vertreter vom Kreis Berlin, außerdem Herrn Diplomingenieur Schulte aus Frankfurt, desgleichen den Kollegen Klein vom Gauvorstand sowie die Vertreter der Sparten. Er sprach hierauf den aus dem Vorstand ausgegliederten Kollegen Frank (Stuttgart) und Schrotz (Pforzheim) den Dank aus für ihre treue Tätigkeit innerhalb der Sparte. Kollege Böttcher gab dann einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Kreises, die in stetem Aufstieg begriffen sei.

Hierauf ergriff Kollege A d e r m a n n das Wort zu seinem Vortrag: „Technik — Sparte“. Er übermittelte zunächst die Grüße der Zentralkommission und gab einen kurzen Überblick über die Gründung und Entwicklung der Sparte. Die rasende Entwicklung der Buchdruckmaschinen und der Techniken, wie Zylinderdruck, Farbendruck usw., hätten den Gedanken des Zusammenschlusses aufgebracht. Trotz starker Gegenströmungen hätte sich die Sparte zu einer gesunden Stütze des Verbandes entwickelt. Er streifte dann die Rationalisierungsbewegungen und ging kurz auf die neuen Systeme von Anlageapparaten ein. Weiter sprach er über die Bestrebungen, die Juristerei zu verkürzen (Peter Auh, Barmen). Er ermahnte die Anwesenden, streng auf die Sonderbestimmungen zu achten, damit dieselben eingehalten werden. Das Unternehmertum bezeichnet diese Sonderbestimmungen als unzulässige Eingriffe in seine Rechte. Es wird daher nur einer geschlossenen, einigen Kollegen-Gesellschaft möglich sein, Verschlechterungen abzuwehren. Redner behandelte dann noch die neuesten Maschinensysteme und gab zum Schluß noch interessante persönliche Eindrücke aus Paris anlässlich seiner Anwesenheit beim Internationalen Buchdruckerkongress zum besten. Reichlich Beifall besahnte den Redner für seine fesselnden und lehrreichen Worte.

Kollege K l e i n begrüßte die auswärtigen Kollegen und wünschte, daß der Vortrag Frucht bringen möge und ermahnte alle, treu zur Sparte zu halten, denn nur durch engsten Zusammenhalt könne Erspießtes gelieft werden.

Anschließend begann dann Herr Ingenieur S c h u l z e mit seinem Vortrag: „Neuzeitliche Maschinenkonstruktion“. An Hand von Lichtbildern bot er einen lehrreichen Einblick in den Bau von Schnellpressen und die neuesten Erzeugnisse der Schnellpressenfabrik Frankenthal. Das Beste dürfte neben der Alberta wohl die Frontprint sein, die die Vorzüge der Zweitourmaschine mit der handlichsen und billigeren Arbeitsweise der Stoppappinderepresse vereint. Anschließend an diesen Vortrag wurde noch der Wertfilm der Fabrik vorgeführt. Es wurde hier der Werdegang vom kleinsten Teil bis zur fertigen Druckmaschine gezeigt. Der lebhafteste Beifall bewies, mit wem großem Interesse die Kollegen den Ausführungen gefolgt waren. Wir möchten nicht veräumen, auch an dieser Stelle der Schnellpressenfabrik Frankenthal unsern besten Dank abzusenden.

Einer gemeinsamen Mittagstafel schloß sich noch die Besichtigung der Stadt und der Werbundausstellung an. Unterdessen tagte noch im „Paulinenhof“ die Bezirksvorsteherkonferenz, die ebenfalls einen guten Verlauf nahm. Die Tagung wird wohl manchem in langer Erinnerung bleiben und ihn anpornen zu neuer Tatkraft zum Wohl der Sparte und des Verbandes. A l f r e d W i t t m a n n.

### Der „Korrekturenzopf“!

Kollege Oberbürger läßt im „Korr.“ einem Herrn Döring in Dessau eine angebrachte Äußerung gütlich werden. Die Geschichte entbehrt aber nicht eines gewissen Humors. Der Herr Döring ist 22 Jahre alt und seit einigen Monaten Berichtsfaktor im „Volksblatt für Anhalt“; vorher war er Stenotypist in Kiel. Seine Erfahrungen mit den Korrekturen können also nicht weit her sein. Als Korrektor im „Volksblatt für Anhalt“ arbeite ich schon seit bald 24 Jahren, und das Verhältnis zwischen Redaktion und mir ist immer ein sehr gutes gewesen, auch mit dem Herrn Döring. Der ganze Artikel in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ ist nichts anderes, als sich als Pimper Wichtigtuerei aufspielen wollen, obgleich es dem Herrn „Redakteur“ Döring nichts schaden könnte, wenn er einmal in den „Duden“ sehen wollte, statt selbst überhebende Artikel zu schreiben.

D e s s a u.

R. B ö c k e l.

### Kollegengangsvereine

Unter vorstehender Rubrik veröffentlichte der Gauvorstand des Gauvereins Rheinland-Westfalen im GauMitteilungsblatt vom 1. Oktober einen Aufruf, den man nur unterstützen kann. Daß es noch sehr viele Kollegen unter uns Buchdruckern gibt, die ihr Heil in bürgerlichen Gesangsvereinen suchen, ist eine feststehende Tatsache, an der nicht zu rütteln ist. Die Gründe und Argumente, die solche Kollegen anführen, sind so bekannt, daß sie nicht mehr erörtert zu werden brauchen. Was mich veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben, ist lediglich dasjenige, einmal anzuführen, warum noch so viele Kollegengangsvereine dem Deutschen Arbeiterfängerband fernstehen. Ist es nicht recht beschämend, daß von den Kollegengangsvereinen des Gauvereins Rheinland-Westfalen nur drei Vereine, und zwar die von Barmen, Elberfeld und Düsseldorf, dem Deutschen Arbeiterfängerband angeschlossen sind? Wenn Kollege Bertram (Köln) in seinem Aufruf sagt: Die Buchdrucker im allgemeinen marschieren in organisatorischer Hinsicht an der Spitze der Gewerkschaften, und das müßte auch in den Kollegengangsvereinen zum Ausdruck kommen, könnte man dem noch hinzufügen: Und aus zentralistischen Gründen, um mehr wie bisher ein Glied innerhalb der Kulturbestrebungen der modernen Arbeiterbewegung zu sein, gehören die Buchdruckerfängervereine in den Deutschen Arbeiterfängerband. Was die Leistungsfähigkeit des letzteren und der ihm angeschlossenen Chöre anbetrifft, so kann der bürgerliche Sängerbund (was künstlerische Leistungen anbetrifft) ihm nichts Ebenbürtiges entgegensetzen. Dieses liegt zum Teil daran, daß wir von der bürgerlichen Liedertafel weit abdrücken und weiterhin in unsern großen Volks- und Männerchören innerhalb der deutschen Gaukontörper bestehen, deren Darbietungen bei der Aufführung von Oratorien sowohl wie bei der Wiederabgabe von Tendenzprogrammen künstlerische Erfolge erzielt haben, die weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Beachtung und Anerkennung gefunden haben. Unter den Männerchören verdienen die Kollegengangsvereine von Berlin, Leipzig, Dresden, München usw. als Glieder des Deutschen Arbeiterfängerbundes lobend erwähnt zu werden.

Was hält nun eigentlich eine große Zahl von Kollegengangsvereinen davon ab, sich dem Deutschen Arbeiterfängerband anzuschließen? Meines Erachtens nur eine gewisse Scheu, für das einzutreten, was sie als freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter sein müßten. Oder sollte es die Verständnislosigkeit gewisser Kollegenkreise sein, die sich über Zwecke und Ziele des Deutschen Arbeiterfängerbundes kein Bild machen können? Dann müßte man sie eigentlich mit den Kollegen auf die gleiche Stufe stellen, die kein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung aufbringen können, nur zahlreihe Aufnahmestellen sind, stets vürgegn



und sich im übrigen der bürgerlichen Sport- und Sängerbewegung verschrieben haben. Kollege Bertam sagt dann weiter: „Gerade wir Buchdrucker, die den Zusammenschluß von jeher gepflegt haben, sollten uns bemühen, unsere Gesangvereine mehr noch als bisher in der Öffentlichkeit Wirkung zu verschaffen.“ Ganz richtig, dazu gehört aber vor allen Dingen, sich der Arbeiterkulturbewegung mehr wie bisher zur Verfügung zu stellen; zeigen wir Buchdrucker, daß wir auch da unsere Mann stellen können, wo nach des Tages Last und Mühe das freie Lied erschallt im „Deutschen Arbeiter-Sängerbund!“

E. I. Eberfeld.

E. D.

### Die deutsche Invalidenversicherung

Die Versicherung der deutschen Arbeiter, die am 1. Januar 1891 als Invaliditäts- und Altersversicherung ins Leben trat, hat nach ihrem nun 37jährigen Bestehen sehr erhebliche Veränderungen erfahren, die die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Invalidenversicherung für die Arbeiterklasse beträchtlich erhöht haben. Die sogenannte Kaiserliche Volkshilfe vom 17. November 1881 hatte anerkannt: „Auch diejenigen, die durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können.“ Gleichwohl vergingen fast noch acht lange Jahre, ehe am 24. Mai 1889 das erste Gesetz mit den bescheidensten Leistungsbestimmungen vom Deutschen Reichstag mit 185 gegen 165 Stimmen verabschiedet wurde. Die Sozialdemokratie hatte mit gegen das Gesetz votiert, weil es ihr zu wenig für die Versicherten bot. Wohl war es ihr gelungen, das ursprünglich geplante Quittungsbuch und dessen Mißbrauch als Arbeitsbuch zur unauslöschlichen Kennzeichnung unliebsamer Arbeiter durch geheime Merkmale zu verhindern und die Einführung von Quittungskarten mit annehmbaren Strafbestimmungen gegen deren Mißbrauch durchzudrücken, doch verblieb es bei zahlreichen völlig ungenügenden materiellen Gesetzesbestimmungen. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Unternehmer, deren Jahreseinkommen 2000 M. nicht übersteigt, wurde abgelehnt. Die Erwerbsunfähigkeit, die den Anspruch auf Rente begründet, wollte die Sozialdemokratie bereits dann anerkennen wissen, wenn der Arbeiter nur noch die Hälfte des Verdienstes, den er in den letzten drei Jahren in seinem Berufe durchschnittlich erworben hatte, zu erlangen vermochte. Statt dessen verblieb es bei der (10 Jahre später übrigens gemilderten) Bestimmung, daß der Versicherte nicht mehr durch irgendeine Arbeit ein Sechstel des dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner plus ein Sechstel des Lohnjahres seiner letzten fünf Beitragsjahre verdienen kann. Eine Bestimmung, die diejenigen Arbeiterschichten am härtesten traf, deren Einkommen am meisten den sogenannten ortsüblichen Tagelohn überstieg. Die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente wollte die Sozialdemokratie auf 60 (statt auf 70), die Wartezeit auf 20 (statt 30) Beitragsjahre herabgesetzt wissen. Regierung und Reichstagsmehrheit lehnten das ab. Charakteristisch war jedoch, daß viele Agrarier, um die ländlichen Armeneltern zu erleichtern, das 65. Lebensjahr beibehalten werden wollten, das anfangs in der Kommission angenommen worden war. Weiter ver-

langten die Sozialdemokraten, um die Renteneinstellungen für die Versicherten zu steigern, die Erhöhung des Reichszuschusses von 60 auf 90 M. jährlich für jede Rente, auch sollten die Beiträge derjenigen Arbeiter, die einen Jahresarbeitsverdienst von weniger denn 550 M. hatten, auf das Reich übernommen werden. Alles vergeblich! Ein großer Teil der Agrarier wollte alle Landarbeiter überhaupt von der Sozialversicherung ausnehmen, für die auf dem Lande kein Bedürfnis vorliege, auszuscheiden. Die Regierung mußte alle Mittel anwenden, um wenigstens so viele Konervative zu gewinnen, die zu einer Mehrheitsbildung notwendig waren. Und selbst diesen Konservern rang nur die Angst vor den nächsten Wahlen das Ja ab. Graf Stolberg-Wernigerode hatte ihnen sagen müssen: „Wenn Sie dieses Gesetz ablehnen, so bildet es einen Brennpunkt in der nächsten Wahltagung, gegen welche alle bisherige Agitation ein Rinderpiel sein würde. Es würden dann in den weitaus meisten Wahlkreisen nur solche Kandidaten gewählt, die sich auf das Gesetz verpflichteten.“ So kam schließlich die Mehrheit von 20 Stimmen und damit das ganze Gesetz zustande, an dessen Verbesserung seitdem die Sozialdemokratie unablässig gearbeitet hat.

Daneben galt es für die Sozialdemokratie, die insbesondere in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts immer wieder auftretenden Bestrebungen unserer Gegner zur Verschärfung und Untergrabung des ganzen Gesetzes zu vereiteln. So begann in den neunziger Jahren in Bayern eine freisinnige Agitation zur Abschaffung des Gesetzes, gegen die sich die Sozialdemokraten auf das Bestimmteste erklärten und die deshalb sehr bald im Sande verlief. Dann lehnten sich die Agrarier gegen das „Klebe-gesetz“ vergeblich auf, und 1896 verlangte die Zentrumspartei eine Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Großindustrie und die Besetzung des zu jeder Rente gezahlten Reichszuschusses. Der von den prominentesten Zentrumsführern unterzeichnete Antrag verlangte die Abänderung des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung unter Berücksichtigung nachfolgender Gesichtspunkte:

- a) Beschränkung der Versicherungspflicht auf die Arbeiter in Bergwerken, Fabriken und sonstigen großgewerblichen Betrieben;
- b) Aufhebung des Versicherungszwanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks und der kleingewerblichen Betriebe und für das Gesinde;
- c) Zusammenfassung der dadurch künftig aus der Versicherungspflicht auscheidenden Personen zur freiwilligen Versicherung;
- d) Ausdehnung des Anspruchs auf Gewährung von Renten, auf die Hinterbliebenen (der unter a.) genannten Versicherungspflichtigen);
- e) Besetzung des Reichszuschusses.

Der durch seine Spar-Agnes in volkswirtschaftlicher Beziehung in den weitesten Arbeiterkreisen be-rühmt gewordene freisinnige Eugen Richter meinte damals, „das einzig Richtige wäre eine schrittweise Aufhebung des ganzen Gesetzes, wie solche eingeleitet wird durch den Antrag der Zentrumspartei.“ Die Regierung lehnte es auf das entschiedenste ab, diesen abschüssigen Weg zu betreten, und damit war das reaktionäre Beginnen des Zentrums als dauernd gescheitert anzusehen.

Mag Schippel sagte in seinem 1902 im Verlage der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Reichstags-handbuch: „Nicht die Landarbeiter sind es, welche die Versicherungspflicht vermissen, sondern die Grundbesitzer, besonders wo sie unter dem Zwange der Verhältnisse die vollen Beiträge zahlen, also indirekt eine kleine Lohn-erhöhung zugehen müssen, weil sie von den Versicherten eine Erstattung ihres Beitragsanteils nicht erlangen können. Ähnlich steht es im Handwerk. Hier verbietet sich ein Auscheiden aus der Versicherungspflicht noch viel mehr, weil ein großer Teil der Arbeiterklasse zwischen Handwerk und Großindustrie bei uns in Deutschland hin und her fluktuiert, weil also ein jedes Arbeiter bei einem Handwerksmeister die Versicherung unterbrechen und damit die Landwirtschaft auf Reite, wenn sie nicht durch freiwillige Fortversicherung aufrecht erhalten wird, gefährden und zerstören würde. Man kann sich auch gar keine größere Heuchelei denken, als diese Verträge auf die Selbstversicherung; erst sollen die Arbeiter den heutigen Beitrags teil zu hoch finden, und dann sollen sie in Zukunft ganz allein den vollen Beitrag mit wahrer Begeisterung zu übernehmen bereit sein! Hier blühte deutlicher als sonst der Pferdeschuh des zahlungsunlustigen Unternehmertums unter der Zentrumsmütze hervor.“

Aus räumlichen Gründen verbietet es sich, die verschiedenen Aktionen zur Verbesserung der Invalidenversicherung in allen ihren Einzelheiten zu verfolgen. Wir müssen uns im wesentlichen darauf beschränken, im folgenden den jeweiligen Stand der hauptsächlichsten Gesetzesbestimmungen zu skizzieren.

Die Beitragskassa, die ursprünglich für vier Lohnklassen gebildet worden war und Wochenbeiträge von 14, 20, 24 und 30 Pf. kannte, hat im Laufe der Zeit ein wesentliches Aussehen erhalten. Durch das Invalidenversicherungsgesetz vom Jahre 1899 wurde für Lohnneinkommen von mehr als 1150 M. jährlich eine fünfte Lohnklasse mit einem Wochenbeitrag von 36 Pf. errichtet, und mit dem Inkrafttreten des 4. Buches der Reichsversicherungsordnung (Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung) am 1. Januar 1912 die Wochenbeiträge auf 16, 24, 32, 40 und 48 Pf. erhöht, um für die neuangelegte Hinterbliebenenfürsorge Dedung zu beschaffen. Die ganze Finanzabgabe der Invalidenversicherung war bis zum Kriegsausbruch durchaus gesund. Das Vermögen der Versicherungsträger betrug Ende 1913 rund 2 Milliarden und 100 Millionen Mark, die einen jährlichen Zinsertrag von 67½ Millionen Mark erbrachten. Der Aufwand an Renten betrug rund 130 Millionen Mark (ohne Reichszuschuß). Rund 30 Millionen wurden für Selbstverfahren und sonstige Leistungen (ohne Verwaltungskosten) ausgegeben. Der Reichszuschuß betrug 58½ Millionen. Die ganze Rentenlast hielt sich innerhalb der versicherungsmathematisch vorausberechneter Grenzen. Die ganze wohlgeordnete Finanzabgabe der Invalidenversicherung wurde erst durch den Krieg beeinträchtigt und schließlich durch die Inflation völlig über den Haufen geworfen. Schon in den ersten Kriegsjahren zeigte sich eine beträchtliche Abnahme der Beitragsentnahmen, weil viele Millionen Beitragszahler ausfielen. Andererseits erhöhte sich die Rentenlast, weil die Zahl der Witwen- und Waisenrenten durch die Kriegsverluste beträchtlich zunahm. Eine weitere Mehrbelastung bedeutete die am 1. Januar 1916 eingetretene Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente vom vollendeten 70. auf das vollendete

### Fünfzig Jahre „Liedertafel Gutenberg“ Hamburg-Altona

Am Sonnabend, dem 8. Oktober, gab es für die im Nordwestdeutschen Buchdrucker-Sängerbund vereinigten singenden Kollegen in Hamburg ein großes Treffen; es galt, an dem 50. Stiftungsfeste des Brudervereins, der „Liedertafel Gutenberg von 1877“ in Hamburg-Altona, teilzunehmen. Der Einladung waren die Brudervereine aus Hannover, Lübeck, Bremen, Oldenburg, Kiel, Rostock und Westermünde freudig gefolgt; aus Berlin und Weipzig war je eine Delegation erschienen. Somit kamen noch aus vielen Gauen Deutschlands und sogar aus Dänemark ehemalige Hamburger Gutenberg; rund 600 auswärtige Buchdrucker waren am 8. Oktober nach Hamburg geeilt. Alles fand gütlich Obdach und Muhl.

Der richtige Festausbruch hatte bis zum letzten vorgearbeitet und auch im kleinsten Vorkreuzung getroffen; selbst mit dem Hamburger sonst nicht sonderlich geneigten Wettergott schienen Verhandlungen gepflogen zu sein, gab es doch ein paar wunderbare Festtage.

Um 7 Uhr hatten sich die Festteilnehmer in dem großen, akustisch vorzüglichen Konzertsaal des „Konventgartens“ eingefunden. Das künstlerisch ausgestattete, auch historisch angelegte Festbuch versprach einen gemutlichen Abend. Die Vortragsfolge war in drei Abteilungen zerlegt: Volkslieder, Kunstlieder, Kampflieder. Hegars „Hymne an den Gesang“ brachten die 135 Sänger unserer Liedertafel unter der exakten Stabführung ihres Chormeisters Hansen-Tebeil als Introduktion. Schon mit der klangvollen Wiebergabe dieses herrlichen Chorwerkes hatten die Sänger einen künstlerischen Hauch über die Veranstaltung gebläht. Brausernder Beifall belohnte diese erste Darbietung. Auch in der Wahl des Solfisten hatte der Festausbruch eine glückliche Hand. Julius Gutmann, der Bassist der Hamburger Oper, wußte mit seinem dem Programm Aufbau gut angepaßten Gesängen die Festteilnehmer zu begeistern. Als das Konzert beendet, klangen die letzten Worte des Kampf-

liedes von Grete Diez weit über die Veranstaltung hinaus: „Hoch über ihr jubelt ein leuchtender Sonnengebanke!“

Nach dem Festkonzert gab es zunächst eine Stärkungspause, denn nach Hamburger Tradition herrschte während des ersten Drittels des Festabends Trunkenegung. Dann wurde zur „Kollegialen Feierstunde“ umgestellt mit dem Sängerspruch unserer Liedertafel, worauf Willy Krahl (Berlin) die abwechselungsreiche, poetisch, kollegial, gewerkschaftlich, buchdrucker- und arbeitergefanglich von leuchtenden Farben durchzogene, mit geschichtlichen, entwicklungsstatistischen, aber auch mit kritischen Streiflichtern belebte Festrede hielt, aus der wir auch von einer Vorgängerin unserer jetzigen Liedertafel im Jahre 1851 erfahren. Die Ausführungen des Festredners wurden mit großem Interesse und mit starkem Beifall aufgenommen. Hierauf wurden acht Kollegen, die unserer Liedertafel 25 und mehr Jahre angehören, durch Überreichung eines Ehrenabzeichens und eines Gruppenbildes geehrt. Lange treu und fröhlich gesungen haben diese Farben und werden es hoffentlich noch viele, viele Jahre!

Dann wurden dem Jubiläumsverein von allen Seiten, aus nah und fern, vom Gauvorkant Hamburg-Altona angefangen, die herzlichsten Glückwünsche dargebracht und wertvolle wie sinnige Geschenke überreicht. Die Mitgliederfrauen erfreuten den Verein durch einen Notenschant.

Die Kollegiale Feierstunde nahm nun eine andere Wendung: ein nordwestdeutscher Buchdruckerfängertrah brah an. Die von den sieben Gauvereinen gespendeten Darbietungen waren Perlen aus ihrem Liederhage. Die mit 115 Aktiven antretende „Typographia“ Hannover ließ die erhebende Feier mit dem Uffmannschen „Sturm“ ausklingen, und weit über die Grenzen unseres Bezirks soll es auch nachklingen: „Wir sind der Sturm“.

Die Sonnabendveranstaltung hatte ihre End erreicht. Es war reichlich 1 Uhr geworden. Fünfundeinhalb Stunden hatte die den großen Saal mit zwei Galerien dicht füllende Menschengar gut ausgehalten. Für manche war es noch nicht genug. Hamburg hat ja ein Nachleben, das an den Schichtwechsel in großen Zeitungsbetrieben erinnert.

Am Sonntagmorgen führten die Hamburger Kollegen, in Beschäftigt mit den Wahlarbeiten, ihre Gäste durch die Sehenwürdigkeiten der Stadt nach den St. Pauli-Landungsbrücken. Hier lagen mehrere Dampfer bereit, den Teilnehmern durch eine Hafenerkundfahrt die Bedeutung einer großen Seehafenstadt vor Augen zu führen, und das bei prächtigem Wetter. Eine frohgestimmte Gesellschaft fuhr an Ozeanriesen wie an sogenannten Stürkstörnern vorüber. Im „Porterhaus“ auf St. Pauli, allwo unsere Druckerkollegen ihren Vereinswigwam aufgeschlagen haben, fand auch diese Veranstaltung ein feuchtes Ende.

Als man sich dann in der „Freigewerkschaftlichen Heimstätte“, unserm von allen auswärtigen Gästen viel bewunderten modernen Gewerkschaftshotel, an einem kräftigen Mittagsmahl gestärkt hatte, kam die Buchdruckerjugend zu ihrem Rechte. Der Festball im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ ließ aber auch die älteren Semester wieder jung werden. Die alte Buchdruckergermilität zeigte so hohen Seegang, daß sogar ein alter Barde, der sonst die Pünktlichkeit selbst ist, seinen Zug verpaßte. Ein Verein nach dem andern war abgereift, denn am andern Tage rief die Arbeitspflicht. Zu dem freudigen Gefühl im Herzen, einen ersten und rechten Buchdruckerabend verlost zu haben, gefellte sich noch die erhebende Genugtuung, Zeuge eines großen Wahlsieges der Hamburger Arbeiterschaft gewesen zu sein. Hier von und noch von vielem andern in diesen zwei Tagen Erlebten war die belebte Rede bei denen, die noch einen dritten Tag daranhängen konnten und hierzu Hagensbecks berühmten Tierpark als Treffpunkt bestimmt erhielten.

Allen Kollegen, die diese Hamburger Jubiläumsfeier miterlebt haben, wird sie unvergeßlich bleiben. Die in den Nachmittagsstunden des zweiten Festtages abgehaltene Vorkonferenz der vertretenen Vereine pflog noch guten Rat über eine aktivere Beteiligung der Buchdrucker-gesangvereine an dem Ersten Deutschen Arbeiter-Sängerbundestag und sonstiges. Auf Wiedersehen also am 17., 18. und 19. Juni 1928 in Hannover!

65. Lebensjahr. Gleichwohl glaubte der Gesetzgeber, mit einer Erhöhung der Beiträge in allen Lohnklassen um nur 2 Pf. pro Woche die finanziellen Grundlagen der Invalidenversicherung sicherstellen zu können. Erst die Inflation der Jahre 1918 bis 1923 machte durch diese Rechnung einen dicken Strich und bedrohte die ganze Versicherung mit dem Todesstoß, da alle auch noch so erhöhten Beiträge wertlos waren, bevor sie überhaupt vereinnahmt werden konnten. Die bittere Not der Renteneempfänger zwang dazu, im Wege der öffentlichen Fürsorge Nothstandmaßnahmen für die Rentner der Invaliden- und Angestelltenversicherung zu treffen. In diesen Zeitaltern bestand die Gefahr des Verschwindens der ganzen Versicherung überhaupt.

Erst die Ende 1923 erfolgte Stabilisierung der Mark (4,2 Millionen = 1 Dollar) ermöglichte es, für die Beiträge und Leistungen der Invalidenversicherung wieder festere Grundlagen zu schaffen. Zunächst wurden durch Verordnung vom 20. Dezember 1923 wieder wie früher fünf Lohnklassen eingerichtet und in diesen die Beiträge auf wöchentlich 20, 40, 60, 80 und 100 Pf. festgelegt. Bei der Rentenfestsetzung war zu berücksichtigen, daß sich die Zahl der Renteneempfänger seit 1913 mehr als verdoppelt hatte. Es wurde ohne jede Individualisierung nach Einheitsförmigen gewährt als Invaliden- und Altersrente monatlich 10 M., als Witwen- und Witwenrente monatlich 6 M., als Waisenrente monatlich 5 M. Hierzu der Reichszuschuß von 3 M. und später 4 M. zu jeder Invaliden- und Witwenrente und von 2 M. zu jeder Waisenrente. So ergielten die Träger der Invalidenversicherung im Jahre 1924 302,5 Millionen Beitragseinnahmen und aus sonstigen Einnahmen aus Zinsen, Abzügen usw. 13,4 Millionen Mark. An der Rentenkasse waren die Versicherungsträger mit 252,2 Millionen beteiligt und hatten für freiwillige Leistungen (Heilverfahren usw.) und Verwaltungskosten 48 Millionen Mark aufzuwenden, so daß ihre Gesamtausgabe (also ohne den Reichszuschuß) sich auf 300,2 Millionen Mark belief und den Versicherungsträgern ein Rechnungserüberschuß von 75,7 Millionen Mark verblieb. Der Reichszuschuß, um den sich der Rentenbetrag erhöhte, belief sich auf 95,6 Millionen. Daß die eigne Beitragseinnahme einen verhältnismäßig niedrigen Betrag brachte (der durchschnittliche Wochenbeitrag stellte sich auf 58 Pf.), liegt vor allem an der miserablen Lohnzahlung. Im Vergleich zu 1913 hatte eine starke Abwanderung aus höheren in tiefere und namentlich in die unterste Lohnklasse stattgefunden. Von je 1000 der vereinnahmten Wochenbeiträge entfielen auf

| Lohnklasse | I   | II  | III | IV  | V   |
|------------|-----|-----|-----|-----|-----|
| 1913       | 74  | 194 | 244 | 170 | 318 |
| 1924       | 285 | 189 | 141 | 112 | 278 |

Erst 1925 wurde die Rentenbemessung nach Einheitsförmigen wieder verlassen und, wenn auch zunächst vorsichtig, die individuelle Rentenberechnung nach der Zahl und der Lohnklasse der geleisteten Wochenbeiträge wieder angewandt. Den Maßstab für die Berechnung bildete ein nach den Lohnklassen gestaffelter Steigerungssatz von 2 bis 10 Pf. für jeden Wochenbeitrag. Die Invalidenrenten stiegen so bereits auf 22 bis 25 M. monatlich und erfuhren durch Gesetz vom Juli 1925 eine weitere Verbesserung, indem der Grundbetrag von jährlich 120 M. auf 168 M., der Kinderzuschuß von 36 M. auf jährlich 90 M. und der Steigerungssatz von 10 Proz. auf 20 Proz. erhöht wurde. Dasselbe Gesetz sah mit Wirkung vom 28. September 1925 ab eine Neuordnung des Beitragsverfahrens vor; es wurde eine 6. Lohnklasse eingeführt und die Beiträge um ein Viertel erhöht. So kamen die Versicherungsträger im Jahre 1925 auf eine Beitragseinnahme von 549 Millionen Mark, neben der sonstige Einnahmen in Höhe von 13,4 Millionen floßen, so daß sich eine Gesamteinnahme von 562,4 Millionen Mark ergab. Ihr Stand eine Ausgabe von 388,1 Millionen als Anteil an der Rentenkasse, und 74,3 Millionen für Heilverfahren und Verwaltungskosten, zusammen eine Ausgabe von 460,4 Millionen Mark gegenüber. Es ergab sich also ein Rechnungserüberschuß von 102 Millionen Mark. Der Reichszuschuß, um den sich die Rentenausgabe erhöht, betrug 161,5 Millionen Mark.

Die mit dem 28. September 1925 in Kraft getretene Beitragsneuregung kam erst 1926 zur vollen Auswirkung. Obwohl in der ersten Hälfte des Jahres bis 2 Millionen Erwerbslose gezählt wurden, sind 1926 insgesamt 650 Millionen Mark Beiträge eingegangen, während der von den Versicherungsträgern zu leistende Anteil an der Rentenkasse auf 520 Millionen Mark stieg. Da für freiwillige Leistungen (Heilverfahren) und Verwaltungskosten etwa 80 Millionen aufzuwenden waren, verblieb ohne das Zinseneinkommen immer noch ein Überschuß von etwa 50 Millionen Mark. Der Reichszuschuß zu den Rentenleistungen stellte sich auf 191 Millionen Mark.

Am 8. April 1927 ist nun von Reichstag und Reichsrat abermals ein neues Gesetz über die Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung verabschiedet worden, das sowohl für die Versichereten als auch für die Renteneempfänger von beachtlicher Bedeutung ist. Renteneempfänger aus der Invalidenversicherung gibt es zurzeit rund 3 1/2 Millionen in Deutschland. Dabei ist der sogenannte Bezugszustand, unter dem Rentnerzugang dem Rentnerabgang gleich sein wird, noch längst nicht eingetreten. Allein im Jahre 1925 sind rund 190 000 Renten (darunter 142 000 Invalidenrenten) mehr zugegangen als weggefallen. Ihrer Art nach gibt es jetzt 1,9 Millionen Invalidenrenten, 340 000 Witwen- und Witwenrenten und 1 070 000 Waisenrenten. Es wird erwartet, daß die Invalidenrenten bis zum Jahre 1960 auf über 2 1/2 Millionen steigen werden. Eine gewaltige Steigerung wird zunächst

die Zahl der Witwenrenten erfahren, denn das neue Gesetz gibt den Witwen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, ohne daß sie selbst invalid sind, Anspruch auf Alterswitwenrente, während bisher Witwenrente nur an invalide Witwen verstorbenen Versicherter gezahlt wurde. Und die Zahl solcher Witwen, die den neuen Rentenanspruch erhalten, wird auf 900 000 geschätzt. Weiter verbindet das neue Gesetz mit einer Invalidität, die vor dem 1. Januar 1912 (dem Inkrafttreten des 4. Buches der Reichsversicherungsordnung) entstanden und bis 1. Januar 1924 entfähig worden ist, die Anwartschaft auf Hinterbliebenenrente für die Hinterbliebenenrente. Die Zeit ist danach nicht mehr sehr fern, wo die Invalidenversicherung annähernd fünf Millionen Renteneempfänger aufzuweisen haben wird. Dabei sind seit dem 1. April respektive 1. Juli 1927 die Rentenbeiträge abermals aufgebessert worden dadurch, daß das neue Gesetz die Steigerungsbeträge für solche Beitragszeiten, die vor der Inflation (1. Oktober 1921) liegen, wiederum verdoppelt hat. An dieser Verbesserung sind auch die alten Hinterbliebenenrenten beteiligt. So wird der finanzielle Wert der neuen Leistungen auf jährlich 190 bis 200 Millionen Mark geschätzt! Dieser Mehrleistung müßten natürlich auch die Beiträge folgen. Sie sind durchschnittlich um 24 Proz. erhöht worden, und für einen Wochensatz von mehr als 86 M. wird vom 1. Januar 1928 an eine neue 7. Lohnklasse mit einem Wochenbeitrag von 2 M. eingeführt, den bekanntlich zur Hälfte der sogenannte Arbeitgeber zu tragen hat. Außerdem hat das Reich neben dem bisherigen Zuschuß zu den einzelnen Renten noch einen besonderen jährlichen Reichsbeitrag, für den Anfang von rund 120 Millionen Mark, zu leisten.

Aus dieser ganzen Darstellung der Entwicklung muß jeder Arbeiter die immer mehr wachsende Bedeutung der Invalidenversicherung für sich und seine Familie erkennen. Es ist verfehlt, die sich aus ihr bietenden Ansprüche zu mißachten und die Quittungsarten oder Aufrechnungsbestimmungen unvorsichtig oder gar verächtlich zu behandeln. Das rächt sich immer, wenn ein besonderer Notfall oder gar dauernde Arbeitsunfähigkeit eintritt!

Dabei ist im vorstehenden das große und weiter ausbaufähige Gebiet der freiwilligen Leistungen der Invalidenversicherung, das Heilverfahren usw. noch mit keinem Worte erwähnt worden.

### Unternehmer und Neuwahlen zu den Krankenkassenorganen

Nachdem wir bereits im „Korr.“ den Aufbau der Sozialversicherung dargelegt haben, soll heute die Bedeutung der Neuwahlen zu den Krankenkassenorganen auf Grund der Mitgliedschaft der Unternehmerpresse näher beleuchtet werden. Erkennt man sich der lokalen Haltung der Unternehmervertreter auf dem 31. Deutschen Krankenkassentag in Königsberg im Juli dieses Jahres gegenüber der gegen die Krankenkassen betriebenen Hege gewisser Kreise und vergleicht damit die gegenwärtige Haltung der führenden Unternehmerpresse in der Frage der Neuwahlen zu den Krankenkassenorganen, dann tritt die Verantwortungsgewaltigkeit der letzteren in das hellste Licht. Es soll der Unternehmerpresse unbenommen bleiben, ihre abweichende Meinung über die Sozialversicherung zu vertreten, dieses Zugeständnis rechtfertigt aber keineswegs die geradezu unverschämten Angriffe, die sich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nummer 39 gegen die Krankenkassen und die Versichereten leisten zu können glaubt. Das muß so nachdrücklich betont werden, als der Hauptverband Deutscher Krankenkassen sich auf 10 1/2 Millionen Versicherter stützen kann und damit in der Sozialversicherung eine Körperkraft darstellt, die zwar den Unternehmern sehr unangenehm sein mag, dessenungeachtet aber auf eine sachliche Beurteilung ihrer Einrichtungen und Leistungen Anspruch zu erheben hat. Dieses Verlangen ist doppelt gerechtfertigt, weil das Verhalten der Unternehmerpresse zu dem ihrer Vertreter auf dem letzten Deutschen Krankenkassentag in einem unverantwortlichen Gegensatz steht.

Auf dieser Tagung erklärte der geschäftsführende Vorsitzende des Verbandes Deutscher Krankenkassen nach dem Bericht des „Korr.“ vom 17. August 1927 unter anderem: „In der Öffentlichkeit wird eine unerhörte Hege gegen die Krankenkassen getrieben. Er wies besonders darauf hin, daß gewisse Kreise sich nicht scheuen, der Presse offensbare Unwahrheiten zu übermitteln, die von der Presse in gutem Glauben weitergegeben werden. Er bat die Tagespresse, das ihr übermittelte Material immer eingehend zu prüfen, ehe es veröffentlicht wird. Scharf wandte sich der Vortragende gegen die Bestrebungen, die darauf hingingen, zwischen Arbeitgebern und Versichereten in der Krankenversicherung eine tiefe Kluft aufzureißen. Wir sind Anhänger der Gemeinschaftsarbeit und hoffen, daß diese Gruppen sich nicht betreten lassen werden, in dieser für das Volkswohl unbedingt erforderlichen Gemeinschaftsarbeit fortzuführen.“ Und dann sagt der Bericht weiter: „Erfreulich war es, daß in der Aussprache auch Vertreter der Arbeitgeber sich sehr energisch gegen die Hege aussprachen, die gegen die Krankenkassen getrieben wird, und daß sie den festen Willen bekundeten, wie bisher, einmütig mit den Versichereten auf dem Gebiete der Krankenversicherung zusammenzuarbeiten. Wenn diese Worte aufrichtig ge-

meint waren, und wir glauben in dieselben bei den in der Krankenversicherung tätigen Unternehmern keinen Zweifel setzen zu sollen, dann wäre es jetzt ihre Pflicht, der unerhörten Hege der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ gegen den Hauptverband Deutscher Krankenkassen nach ihren Worten, „sehr energisch“ entgegenzutreten.

Das „Zentralblatt der Deutschen Arbeitgeber“ hält den heranwachsenden Zeitpunkt der Neuwahlen zu den Krankenkassenorganen für geeignet, Vorwürfe gegen die Versichererträger und die Versichereten zu erheben, die von einem beispiellosen Haß gegen die gesamte Sozialversicherung erfüllt sind und in ihrer Form bisher kaum jemals überboten worden sein dürften. Das Blatt erhebt den grandförmlich bedeutungsvollen Vorwurf, daß der Hauptverband Deutscher Krankenkassen in Berlin vollständig im sozialistischen Fahrwasser schwimmt und neben den freien Gewerkschaften und den Konsumvereinen die Hauptstütze des Sozialismus in Deutschland darstellt. Diese unfinnige Behauptung wird aufgestellt, obwohl die Unternehmer sehr genau wissen, daß die Gewerkschaften sowohl wie die Genossenschaften im Interesse ihrer selbst politisch neutrale Organisationen sein müssen und mit den politischen Parteien, genau wie die Unternehmer, nur insoweit Berührung haben, als es in diesem Falle die Vertretung der sozialpolitischen Gesetze im Reichstage zwingend notwendig macht. Daß diese Fühlungnahme mit benachteiligten Parteien erfolgt, die gewillt sind, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, ist so selbstverständlich, wie übrigens bei den Unternehmern auch, daß es absurd wäre, darüber weitere Worte zu verlieren, zumal jene Behauptung nur zu dem durchsichtigen Zweck aufgestellt ist, den Versichereten die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung zu hintertreiben und sie wie bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen unter den beherrschenden Einfluß des Unternehmertums zu stellen. Das beweist ihre Stellungnahme zu den Ausführungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, der sich auf der Tagung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei dahin aussprach, „daß die ganze Sozialversicherung der Selbstverwaltung der beteiligten Arbeiter überantwortet werden kann, selbstverständlich unter behördlicher Kontrolle“, wozu das Unternehmerorgan bis jetzt bemerkt: „Diese Auslassung wäre aus dem Munde eines sozialistischen Parteiführers oder eines Gewerkschaftsbeamten verständlich. Aber man sollte annehmen, daß ein Reichsarbeitsminister nicht allein die Interessen der Arbeiter, sondern in erster Linie die Interessen der Arbeit im Dienste des Volksgutes zu vertreten hätte. Hier hat der Reichsarbeitsminister mit deutlichen Worten in Aussicht gestellt, daß die Arbeitgeber in der Krankenversicherung künftighin nichts mehr zu sagen haben. Die Arbeitgeber sollen wohl nach dem Willen des Herrn Reichsarbeitsministers künftighin nur ein Recht haben in der Sozialversicherung, nämlich das Recht der Zahlung immer höherer Beiträge.“ Zur weiteren Entkräftung der ausgefallenen Behauptung muß übrigens darauf verwiesen werden, daß neben dem Drittel der Unternehmervertreter auch noch nichtstetig gewerkschaftlich organisierte und selber sogar unorganisierte Versicherungsvertreter vorhanden sind, die zu ihrem Teil sicherlich nicht dazu beitragen werden, die Krankenkassenorgane zu sozialistischen Rekrutenschulen zu machen. Das Herumfucheln mit dem roten Lappen dürfte also, auch wenn man den Reichsarbeitsminister mit einem sozialistischen Parteiführer oder einem Gewerkschaftsbeamten vergleicht, den beabsichtigten Zweck gründlich verfehlt haben. Daß im weiteren Verlauf des Unternehmerangriffs die Gewerkschaftsvertreter als „Bozgen“ bezeichnet werden, wollen wir nur als eine jener Frechheiten registrieren, zu der das Unternehmerblatt im Jahre 1918 wahrscheinlich nicht den Mut aufgebracht hätte.

Aber auch da, wo sich das Unternehmerblatt den Anschein einer sachlichen Betrachtungsweise gibt, geht es nicht ohne die notwendigen Fußfänge ab. Bei den Verwaltungskosten für den Hauptverband Deutscher Krankenkassen rechnet es heraus, daß von der Gesamtausgabe des Jahres 1925, die 853 Millionen Reichsmark betrug, 10 Proz., also rund 85 Millionen Reichsmark, Verwaltungsausgaben in Betracht kamen, von denen der „Löwenanteil“, 62 Millionen Reichsmark, für Gehälter verbraucht wurden. Eine Beweisführung, die gewiß zur Erhaltung unserer Krankenkassen angestellten beitragen wird, die aber allenfalls etwas ernsthafter erscheint, wenn man die dazu gegebene folgende Begründung liest: „Das ist schließlich verständlich, wenn man weiß, wie viele gesinnungswichtige Genossen in den Ortskrankenkassen herumfucheln“! oder „ferner leisten sich die Ortskrankenkassen den Luxus, viele ihrer Angestellten weit höher zu entlohnen, als die Staatsbeamten an Gehalt erhalten.“ Wie hoch diese Luxusgehälter sind und in welchem Verhältnis sie zu dem heutigen Preisniveau stehen, hat der lebenswichtige Artikelreiber zum Glück nicht erwähnt und damit wenigstens vermieden, daß nach Bekanntwerden dieser Tatsache ein Bewerbssturm auf die Vorstände der Ortskrankenkassen erfolgte.

Wird damit hat es beileibe noch nicht sein Bewenden. Mit Blensfleisch trägt er alle Ungehörlichkeiten in den Verwaltungen der Ortskrankenkassen zusammen, um schließlich von „Korruption“, „alter Sozialisierung“ und ähnlichem zu phantastieren, bis er auf Kreditaktionen zu sprechen kommt, die in einem kapitalistischen Staate geradezu ungeheuerlich sind. Darüber heißt es: „Es ist auch längst kein Geheimnis mehr, daß der Hauptverband der Ortskrankenkassen die Kapitalerschöpfung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“, eines freigewert-



schafflichen Unternehmens, finanzierte und den Einzelkassen empfahl, ihre flüssigen Gelder dort zu deponieren.“ Er weist dann darauf, daß die Beiträge auch aus den Kassen der Unternehmer fließen und somit als Hilfsgeber gegen diese verwendet werden. Und er schließt diese sinnvolle Betrachtung mit dem Seufzer: „Man kann sich also ungefähre ausrechnen, welchen Nachschub die sozialistischen (!) freien Gewerkschaften hierdurch erhalten.“ Das mag, ehrlich gestanden, für ein so empfindsames Unternehmertum empföndlich sein. Aber ist es denn ein Vorrecht des Unternehmertums, die in der Mehrheit von den Versicherten aufgebrauchten Gelder in kapitalistischen Banken gegen die Arbeiterzucht anzulegen? Auf diesem Gebiete werden sich noch mancherlei Wandlungen vollziehen. Oder glaubt das Unternehmertum, daß die Arbeiterschaft in alle Zukunft es sich mit ansehen wird, wie ihre lauer verdienten Gelder dazu verwendet werden, um die Technischen, Hilfliche, Pflanzorgane, gelbe Gewerkschaften, Werksportvereine und ähnliche arbeitserfeindliche Kinkerlitzchen zu finanzieren? Die Zeiten sind vorbei, und die über diese Entwicklung aufgewandete künstliche Aufregung ist wirklich überflüssig.

Dafür wird aber an den Versicherten kalte Rache genommen. In einer selten so zum Ausdruck gekommenen Brutalität bezieht der Artikelschreiber die Versicherten der Ausnutzung der Krankentafeln, indem er an der Hand einiger geliebener Beispiele behauptet, daß für einen sehr großen Teil der Arbeiter die Krankentafel ein Mittel zur Verbesserung der Erwerbslosensunterstützung ist.“ Dieser Gemütsmenschen, dem es bisher jedenfalls vergönnt war, seine scheinbar robuste Gesundheit in einer weniger aufreibenden Arbeit zu schonen, scheint keine Ahnung davon zu haben, daß die Ursachen solcher von ihm angeführter Einzelfälle tiefer liegen, solchen Vorwurf in keiner Weise rechtfertigen und es als unglaublich erscheinen lassen, in diesem Zusammenhang von einer „Krankengeldsuchi“ zu sprechen. Er braucht ja nicht zu wissen, daß der durch die heutigen Arbeitsmethoden ausgemergelte Arbeiter nicht zuletzt durch die jammervolle Entlohnung bei der Arbeit verharren muß, bis er entweder nicht mehr weiter kann oder infolge von Arbeitslosigkeit Gelegenheit nimmt, seine zerrüttete Gesundheit durch ärztliche Behandlung wieder aufzurichten. Wenn er für seine Verdächtigung als Beweis anführt, daß in einem Falle von zehn entlassenen Eisenarbeitern neun, und in einem andern Falle von 50 entlassenen Arbeiterinnen 49 krank geschrieben wurden, so beweisen diese geradezu gesuchten Einzelfälle für seine Berunglimpfung der Versicherten gar nichts, wenn man daraus nicht den entgegengesetzten Schluß ziehen will, daß die ganze Sozialpolitik ungenügend ist und dringend eines weiteren Ausbaues bedarf. Die Arbeiter erhalten ihre Gesundheit nicht dadurch, daß ihr Unternehmer jährlich seine Wadereise macht, sondern nur, indem man auch ihnen Gelegenheit gibt, ihre für den Unternehmer und dessen Diöndendenbezieher aufgebrauchte Arbeitskraft zu erneuern. Wenn den Kassennitgliedern weiterhin nachgelagt wird: „Außerdem sind diese Patienten“ gerissen genug, dem Arzt Bescheid zu geben, wie Magen-, Herz- oder Kopfschmerzen, v o r z u t ä u s h e n.“ so beweist dieser Gegner der Sozialversicherung und der Arbeiterschaft damit nur, daß er keinen blässen Schimmer von dem wirklichen Gesundheitszustand der Arbeiterschaft hat, der es durch die Kassen im Bezug des Krankengeldes sowie durch die Vertrauensärzte verdammt schwer gemacht wird, zu simulieren.

Wenn der Artikelschreiber etwa geglaubt haben sollte, dem Unternehmertum mit seinen niedrigen Angriffen gegen Krankentafeln und Versicherten einen Dienst erwiesen zu haben, dann dürfte er sich, wie wir glauben, ganz gewagt geriert haben. Nicht nur die in der praktischen Arbeit für die Krankentafeln tätigen Unternehmer dürften von diesem Elefanten im Porzellanladen abrücken, auch die Arbeiterschaft wird aus seinen Ausführungen ersehen, daß es bei den bevorstehenden Wahlen um mehr geht, als allein um einen Zwig der Sozialversicherung. Dieser Aufsatz ist ein Angriff auf die Sozialversicherung schlechthin und auf die von den Versicherten erstrebte Herbeiführung der Selbstverwaltung. Die Rücksichtslosigkeit, mit der dieser Stoß geführt wurde, wird die gesamte Arbeiterschaft aufreizen und sie erkennen lassen, daß es alles daran zu sehen gilt, die kurz bevorstehenden Wahlen für die freien Gewerkschaften erfolgreich durchzuführen.

**Korrespondenzen**

**Berlin. (Maschinenseher.)** In unserer Versammlung am 11. September referierte Genosse Hedert über den I.G.B.-Kongress in Paris. Die Versammlung dankte dem Referenten durch starken Beifall. Kollege Richter reichte eine Resolution ein, die die Forderungen des Referenten unterstrich, und die gegen etwa acht Stimmen Annahme fand. In der Diskussion sprach Kollege Kretschmer. Er wandte sich gegen die Ausführungen des Referenten. Unter „Bereinsmitteilungen“ verwarnte sich Kollege Engel in einer Entschiedenheit gegen das Reichsgerichtsamturteil bezüglich sogenannter Massenentlohnung. Es folgte die Antilohnung der geplanten Winterkurze und die Verlesung der Lohnstatistik für Berlin.

**Worms.** Am 25. September fand unsere vierte diesjährige Bezirksversammlung in Witten statt. Die vom Kollegen Werner geleitete Versammlung war gut besucht. Warme Worte des Gedankens galten den beiden verstorbenen Kollegen Johannes Rüdger und Heinrich Büttner. Ersterer führte 24 Jahre die Kassengeschäfte

des Bezirks, während letzterer in 53jähriger Organisationszugehörigkeit dem Verbands die Treue wahrte. Die Versammlung ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise. Unter „Geschäftlichen“ wurde u. a. eingehend von den heutigen Lohnverhältnissen Stellung genommen. Die ständig steigenden Kosten für die Lebenshaltung und die Mietssteigerung gaben Veranlassung, die Unzufriedenheit mit dem heutigen Lohnabkommen dem Gewerkschaften zu unterbreiten, der sich dieserhalb an die Zentrale wandte. Mit Entzückung nahm die Versammlung Kenntnis von der abwartenden Stellungnahme des Verbandsvorstandes und forderte sofortige Lohnaufbesserungen, die den augenblicklichen Feuerungsverhältnissen entsprechen. Der Kassensbericht vom zweiten Vierteljahr lag gedruckt vor. Nach Beantwortung einiger Anfragen wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Schaffung einer Sparte zum Besuche der „Prestia“ in Köln 1928 wurde beschlossen.

**Bremen.** Inre Bezirksversammlung am 28. September gedachte des Ablebens des Kollegen Friedrich Jüngling. Bezirksvorsitzender Gohert widmete dem Verstorbenen einen warmen Nachruf, und dessen Andenken wurde von der Versammlung in üblicher Weise geehrt. Nach Bekanntgabe einiger lokaler Angelegenheiten machte Vorsitzender noch ergänzende Mitteilungen über das neuerrichtete Vereinshaus, das nunmehr vom 15. November dieses Jahres ab seine Pforten für die Kollegen offen sein wird und zur Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung unseres Verbandslebens beitragen wird. Anschließend wurde ein Vortrag des Arbeiterssekretärs K r u z e, „Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz“ entgegengenommen. In seinem geschichtlichen Rückblick führte Redner aus, daß schon vor 30 Jahren der Stuttgarter Gewerkschaftskongress sich mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung durch Selbstverwaltung beschäftigte, wies auf das Genter und Berner System hin und ging dann zu dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, das mit dem 1. Oktober in Kraft trat, über, die wichtigsten Punkte, die für uns als Arbeiter besonders in Betracht kommen, erläuternd. Auf Antrag des Kollegen S t o d h i n g e r nahm die Versammlung dann Stellung zum jetzigen Lohnabkommen. Der Antragsteller führte in seiner Begründung aus, daß die 1. M. Lohnerhöhung durch die bereits eingetretene und noch bevorstehende Verteuerung der notwendigen Bedarfsartikel schon illusorisch geworden ist. Die Versammlung brachte ihren Unwillen über den gesunkenen Reallohn durch mehrere Redner zum Ausdruck und gab sich der Hoffnung hin, daß der Verbandsvorstand auch diesmal den Weg finden wird, um die Arbeiterschaft zu ihrem Rechte zu verhelfen. Der Bezirksvorstand wurde beauftragt, mit dem Verbandsvorstand Fühlung zu nehmen. Eine diesbezügliche baldige Versammlung soll zu der Lohnfrage weitere Stellung nehmen.

**Burg b. M.** In unserer Versammlung am 2. Oktober wurde u. a. vom Landtagsabgeordneten G. S t o l l b e r g ein Referat über Genossenschaftswesen gehalten. Der Redner vertrat es, in seinem einstufigen Vortrage die Vorteile der Konsumgenossenschaft allen Kollegen eindringlich vor Augen zu halten. Unter dem Punkt „Tarifliches“ wurde folgende, aus der Versammlung gestellte Resolution einstimmig angenommen: „Die, gutbesuchte Versammlung des Ortsvereins Burg b. M. im W.D.B. stellt einstimmig fest, daß die laut Tarifabschlusses vom 1. Oktober 1927 an zu zahlende Lohnzahlung bei weitem nicht ausreicht, um der immer mehr um sich greifenden Verteuerung gegenüber einen Ausgleich zu schaffen. Die Versammlung ersucht deshalb den Verbandsvorstand, sofort mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, um das im Monat März festgelegte Lohnabkommen durch neue Lohnveränderungen rückwirkend ab 1. Oktober 1927 zu ergänzen.“

**Frankfurt a. M. (Maschinenseher.)** Die Besichtigung u. g. der ersten hier in der Union-Druckerei aufgestellten Interimtype-Schneidmaschine ludte am 2. Oktober zahlreiche Kollegen der hiesigen Vereinigung und insbesondere aus Alshausen, Darmstadt, Fulda, Hanau, Limburg, Mainz, Offenbach und Wiesbaden an, so daß eine Kollegenfeier, die mit 350 wohl nicht zu hoch gegriffen, sich einschubnen hatte. Leider konnte nur in Gruppen zu etwa 25 Personen die neue Schneidmaschine vorgeführt und eingehend erklärt werden. Jedenfalls waren alle Kollegen von dem guten Eindruck, den die Interimtype durch ihre zum Teil verblüffend einfache Verbesserung und Neuerungen machte, sehr beeindruckt. Allgemeines Lob erwarb die solide Bauart und besonders die weitgehende Berücksichtigung der praktischen Erfordernisse für die an der Maschine Arbeitenden. Es rief sich jetzt, daß die Wegentahler Neuerungen und Verbesserungen, trotzdem sie die Patente dafür aufkauften, nicht weitgehend genug zugänglich war. In der der Beschäftigung folgenden kurzen Versammlung in „Fägerhof“, der bedauerlicherweise die so zahlreiche Erscheinungen nicht alle fassen konnte, wurden nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden M a z b a e r neun neue Mitglieder aufgenommen und einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Gewerkschaftler H e p e d s nahm aus Anlaß der imposanten Versammlung die Gelegenheit wahr, die Kollegen daran zu erinnern, daß sie neben der Sparte auch den Verband nicht verfallen lassen, und auch dessen Versammlungen besser als jeher besuchen möchten. Dem anwesenden Vertreter der Interimtype-Gesellschaft, Professor Baumann, der Firma Fr. Ehrenhardt (Frankfurt a. M.) und der Union-Druckerei für das bereitwillige Überlassen der Räumlichkeiten und der Maschine wurde der herzlichste Dank der Teilnehmer ausgesprochen, da nur durch das Entgegenkommen dieser beiden Firmen die Beschäftigung in dieser Form möglich war. Auch den beiden Kollegen, die die Maschine erklärten, wurde gedankt.

**Gera.** In unserer Versammlung am 1. Oktober wurde zunächst das Gedächtnis eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Unter „Bereinsmitteilungen“ kam der Vorsitzende auf die am 1. Oktober in Kraft tretende „Lohnerhöhung“ zu sprechen. In der Aussprache wurde die lange Dauer des abgelaufenen Lohnkampfes scharf kritisiert. Die minimale Lohnveränderung ist unter den jetzigen Verhältnissen schon längst überholt, und der Vorstand wurde beauftragt, an den Verbandsvorstand das Ersuchen zu richten, zwichenartliche Lohnverhandlungen herbeizuführen. Zwei Aufnahmen wurden zurückgestellt bis zur nächsten Bezirksversammlung. Eine längere

Aussprache löste ein Auszuschlußantrag gegen einen Kollegen wegen großer Arbeitsleistung aus. Mit dieser Angelegenheit mühte sich der Vorstand schon mehrmals beschäftigt. Die Aussprache ergab, daß der Antrag aus Haß und Neid gestellt war. Da der betreffende Kollege über 25 Jahre Mitglied des Verbandes ist, wurde von einem Ausschluß abgesehen und der Vorstand beauftragt, für Abhilfe Sorge zu tragen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Herrn Lehrer S p a n g e n b e r g von der Reichsschulbehörde über: „Der Entwurf des Reichsschulgesetzes und seine Auswirkungen“. Redner behandelte zuerst die Erziehungsfragen im allgemeinen und hob dann die Auswirkungen des Entwurfs hervor. Sollte er Gesetz werden, so würde die Schule sich in ihrer Entwicklung rückwärts bewegen und die Kräfte ihre Macht verlieren. Der Vortragende ging ausführlich auf die weltliche Schule, die Bekenntnisschule und die Gemeinschaftsschule ein. Redner beifall lobte dem Redner für seinen lehrreichen und hochinteressanten Vortrag, wofür ihm von den Vorstehenden der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. Um den Eindruck des Gehörten nicht zu verwischen, wurde von einer Diskussion abgesehen. Es wurde nur der Wunsch geäußert, daß alle im Sinne des Vortragenden handeln sollen. Eine Entschlüsselung wurde einstimmig angenommen, in der zum Ausdruck kam, daß wir den Entwurf ablehnen, da er nur eine Beschlagung der Volksschulen bewegt und einen kulturellen Rückschritt bedeutet. Ein betrübendes Zeichen für die Kollegenstadt Gera ist, daß der 1924 wieder aufgelebte Kollegenverein durch besondere Umstände der Auflösung verfiel. Den Bericht von den Ortsauschlußsitzungen erstattete der Vorsitzende.

**Mainz.** Am 24. September hielten wir eine Bezirksversammlung ab. Nach Erledigung einiger Aufnahmen und geschäftlichen Mitteilungen trat die Versammlung in die Neuberatung der Bezirksfragen ein. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Änderungen fanden einstimmige Annahme, und die Drucklegung wurde beschlossen. Der Vorstand hatte zwecks Anschaffung eines Projektionsapparates einen solchen von der Wiesbadener Lehrstoffsabteilung entliehen und der Versammlung vorgeführt. Kollege J o s t (Wiesbaden) hatte dazu einen Vortrag ausgearbeitet, der verdient, daß er bis in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft bekannt wird. Das Thema: „Das rote Wien, von der Kaiserstadt zur Volksstadt“, fand mit den sich bildenden die größte Beachtung. Gleichzeitig wurde den Versammlungsteilnehmern einmal vor Augen geführt, was eine ziel- und klassenbewusste Arbeiterschaft zu leisten vermag, wenn sie einig ist. Redner beifall lobte dem Redner. Auch die Leistungen und Pflanzlichkeit des Projektionsapparates wurde anerkannt, und einstimmig wurde die Anschaffung beschlossen. Nach einigen Hinweisen auf die verschiedensten Veranstaltungen wurde die Versammlung geschlossen. — Anschließend fand eine Versammlung der Krankengeldsucher statt. Auch hier wurde in eine Neuberatung der veralteten Statuten eingetreten. Die neue Vorlage wurde gegen eine Stimme angenommen und die Drucklegung beschlossen. Auch die Leistungen der Kasse wurden einer Revision unterzogen und einstimmig genehmigt.

**München. (Schriftgesser, Stereotypure und Galvanoplastiker.)** Nach fast vierjähriger Pause fand am 17. September wieder eine Versammlung statt, die einen besonders zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Außer der Erledigung der üblichen Vereinsangelegenheiten wurden zwei Referate gehalten. Erstens berichtete der zurzeit zu Besuch anwesende Galvanoplastiker Steinmüller über seine Eindrücke in Amerika und zweitens sprach unser Vorsitzender S t e i n e r in ausführlicher Weise die Fabrikation und Zusammensetzung unserer Matrizenpappe. Dann wurde eine Aufnahme vorgenommen. Aus Anlaß des demnächstigen 30jährigen Jubiläums wurden einige besonders verdiente Kollegen zu Ehrenmitgliedern ernannt und ihnen je eine fünfjährige Urkunde sowie zwei Seniorschreiben für langjährige treue Mitgliedschaft je eine Dankadresse überreicht. Nach kurzer Aussprache zwecks Teilnahme an der nächstjährigen „Prestia“ in Köln wurde zum gemüthlichen Teil übergegangen, der alle Kollegen noch in längerer froher Stimmung besammeln ließ.

**Wiesbaden. (Vierteljahrsbericht.)** Auch das vergangene Vierteljahr war gekennzeichnet durch rege Beteiligung der Mitglieder an den Ortsvereinsversammlungen. Die Versammlung am 9. Juli hörte vom Kollegen K l u g e einen ausführlichen Bericht von der Vorstandskonferenz des Kreises Dresden im Bildungsverband. Im Anschluß hieran wurde der Kartellbericht erstattet und einige interne Angelegenheiten behandelt. Am in das Vereinsleben eine Umwechslung zu bieten, hatte der Vorstand am 6. August eine Wanderversammlung nach dem Ausflugsort Hühndorf mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Reiseerlebnisse des Kollegen L a r s e n auf der Leipziger Buchdruckerkongressfahrt Wien—Bad Aussee—Salzburg—München“ einberufen. Hierzu waren auch die Damen unserer Mitglieder und Gäste eingeladen, die bei der Einladung zahlreich Folge leisteten. Lang und abwechslungsreiche Unterhaltung hielt die Teilnehmer nach Schluß des Vortrags noch froh beisammen. — Inre Versammlung am 17. September, zu der auch die Lehrlinge eingeladen waren, erzeuete sich eines ziemlich guten Besuches. Nach Erstattung des Kartellberichts gab der Vorsitzende Bericht über die Bezirks- und Ortsvorsitzendenkonferenz in Dresden. In der hierauf folgenden Aussprache wurde angeregt, in den nächsten Versammlungen die tariflichen Bestimmungen zu erläutern. Diese Anregung fand alleseitigen Beifall und wurde zum Beschluß erhoben. Unter „Verfallenen“ wurden weitere Beschlüsse gefaßt, die sich zum Nutzen der Kollegen und Lehrlinge auswirken werden. Die Belegpreisveränderung für die „Typographischen Mitteilungen“ und den „Graphischen Betrieb“ vom 1. Oktober an gab Anlaß zu längerer Aussprache, deren Endergebnis eine Beitragserhöhung um 20 Pf. pro Monat für die Mitglieder der Typographischen Vereinigung war. — Nach Schluß der Versammlungen blieben die Kollegen noch einige Stunden in gemüthlicher Stimmung vereint.



**Wittenberg.** Am 25. September fand unsere Herbst-Bezirksversammlung in dem schon längst gewöhnlichen Ort Torgau statt. Das bewies auch die große Anteilnahme, denn aus allen Druckorten waren die Kollegen zahlreich erschienen. Mit zwei durch die „Typographia“ (Torgau) gut zu Gehör gebrachten Begrüßungsliedern wurde die Versammlung eingeleitet. Danach wurde die Versammlung durch Bezirksleiter Jungbluth eröffnet, der mit herzlichen Worten alle Anwesenden begrüßte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken von vier Verstorbenen in üblicher Weise geehrt. In den Situationsberichten wurden in allen Orten tatsächliche Verhältnisse festgestellt und von guter Konjunktur berichtet. Einen breiten Raum der Tagesordnung nahm das vorzügliche Referat des Kollegen König (Halle) über die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld ein. Dieser Vortrag fand eine aufmerksame Zuhörerzeit und volle Anerkennung bei den Kollegen, denn der Referent verstand es, das neue Gesetz an Hand von praktischen Beispielen gut zu demonstrieren. Als Dst der nächsten Bezirksversammlung wurde Wittenberg bestimmt. Mit der Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß. — Es schloß sich noch ein gemüthliches Kränzchen an.

**Bad Wörishofen.** Am 18. September fand hier die Herbsthauptversammlung des Bezirksvereins Memmingen statt. Sie war mit Ausnahme von Memmingen aus allen Druckorten gut besucht, so aus Krumbach 2, Nierthausen 7, Wörishofen 8 und Memmingen 15, zusammen 37 Kollegen. Kollege Hörger (Memmingen) eröffnete und leitete die Versammlung, die durchweg von kollegialem Geist durchdrungen war. Die sehr reichhaltige Tagesordnung, darunter Bericht vom letzten Kongress in München, wurde in knapp drei Stunden erledigt. Bedauerlich wurde u. a., daß die Lohnherhöhung vom Frühjahr und Oktober für die Gehilfen dadurch wieder wirkungslos wurde, daß die gesamte Lebenshaltung in den letzten sechs Monaten sich bedeutend verteuerte, die Mietzinserhöhung nicht eingerechnet. Auch die sozialen Lasten drücken stark, gibt es doch Kollegen, denen einschließliche Steuer rund 16 M. vom Wochenlohn abgezogen werden. (Derartige hohe Abzüge sollten doch etwas näher spezifiziert werden. Schriftl.) Das Kapitel betriebl. Inzidenzen im Buchdruckerstand wurde eingehend erörtert und einmütig festgestellt, daß für Überwasserhaltung unfruchtbarer Kollegen jedes Opfer gebracht werden muß und soll. Ein Kollege (Beißler am Arbeitsgericht) hielt einen kurzen instruktiven Vortrag über die wichtigsten Paragraphen aus dem Arbeitsgerichtsgesetz sowie über den Aufbau der Arbeitsgerichte, der aufmerksame Zuhörer fand. Die Frühjahrsversammlung findet im März 1928 in Wörishofen statt. Mit der Versammlung war eine Druckausstellung verbunden, die das größte Interesse der anwesenden Kollegen fand. — Nach Schluß der Versammlung vereinigte man sich bei gemüthlicher Unterhaltung im Vereinslokal.

**Allgemeine Rundschau**

**Nachahmenswerte Beispiele.** Das „Verlagshaus der deutschen Baptisten“ (3. G. Duden Nachfolger) in Kassel gewährt seinem Personal eine Winterbeihilfe von 25 bzw. 15 M. — Die Fränkische Verlagsanstalt u. Buchdruckerei, G.m.b.H., in Nürnberg erbrachte einen 40 Jahre ihrem Betrieb angehörenden Gehilfen durch Abrechnung eines entsprechenden Geldgeschehens. Gleichzeitig benutzte die Geschäftsleitung diesen Anlaß dazu, um noch fünf weiteren Kollegen, deren Jubiläen in die schlimmste Inflationszeit fielen, nachträglich ebenfalls Geldgeschenke zu übermitteln.

**Schonjunktur in der Schnellpressfabrikation.** Wie Buchwaldb's Wörtenberichten von Verwaltungsseite mitgeteilt wurde, hat sich der Geschäftsgang der Dresdener Leipziger Schnellpressfabrik sehr günstig entwickelt, so daß die Gesellschaft bereits in den ersten fünf Monaten das erhöhte Aktienkapital nahezu einmal umgekehrt hat, was eine Steigerung des Umsatzes von ungefähr 35 Proz. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres bedeutet.

**Unfall eines Bauarbeiters tätigen Buchdruckers.** Ein gelernter Buchdrucker erlitt bei seiner Beschäftigung als Bauarbeiter einen Unfall, durch den er sich eine Querschnitt des rechten Daumens zuzog. Dadurch trat eine Beeinträchtigung seiner erlernten beruflichen Fähigkeiten ein, und der Verletzte forderte Anfallentschädigung mit der Begründung, er könne nun nicht mehr als Buchdrucker arbeiten. Alle Instanzen, zuletzt das Reichsversicherungsamt, haben den Anspruch des Klägers für unbegründet erklärt. Durch den ärztlichen Sachverständigen ist festgestellt, so heißt es in den Gründen, daß die Folgen der Querschnitt nur ganz geringfügiger Natur sind und die Erwerbsfähigkeit des Klägers auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in wirtschaftlich mehrbarem Grade nicht beeinträchtigen. Allerdings sind bei der Bemessung der Erwerbsunfähigkeit auch solche Fertigkeiten des Verletzten zu berücksichtigen, die zwar nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, aber für die Ausbildung eines bestimmten, von dem Verletzten erlernten Berufes von besonderer Bedeutung sind. Doch auch diese Erwägung kann zu keiner dem Kläger günstigen Entscheidung führen, da er nach seiner ganzen Lebensstellung nicht mehr als Buchdrucker angesehen werden kann. Der Kläger hat nämlich in den Jahren 1914 bis 1918 das Buchdruckerhandwerk erlernt, es jedoch nach Beendigung seiner Lehrzeit nicht mehr ausgeübt. Er war in der Glitterpedition tätig, arbeitete bei einem Landwirt, war zur Zeit des Unfalls mit Bauarbeiten beschäftigt und verdient sich zurzeit die für seinen Unterhalt erforderlichen Kosten als Mitfahrer. Danach mußte davon abgesehen werden, überhaupt in eine Erörterung darüber einzutreten, ob der Kläger durch die Daumenverletzung bei der Verrichtung von Buchdruckerarbeiten behindert würde.

**Zum Abschluß des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks.** Die von den Bergarbeitern erreichte Lohnerhöhung von rund 60 Pf. pro Schicht stellt einen schönen Erfolg ihres geschlossenen Vorgehens dar. Der nunmehr beendete Kampf im mitteldeutschen Braunkohlengrund war deshalb von so

außerordentlicher Wichtigkeit, weil die organisatorischen Verhältnisse der Arbeiterschaft dort eigenümlich lagen. Wie in den meisten Industrien waren auch die Arbeiter in den Braunkohlengruben nach der Staatsumwälzung in großen Massen zu den Gewerkschaften geströmt. Vor dem Kriege war die Gewerkschaftsbewegung im mitteldeutschen Braunkohlengruben nur schwach entwickelt. Es war also gewerkschaftliches Neuland, das hier erobert wurde. Doch kaum hatte die Aufklärungsarbeit und die Eingliederung der neu erworbenen Mitglieder in die gewerkschaftliche Front begonnen, da wurden in Mitteleuropa jene großen Kämpfe geführt, die in bewaffneten Auseinandersetzungen. Die kommunistische Partei hatte sich diesen Länderstrich als Rekrutierungsgebiet ausgesucht. Die Folge davon war, daß die gewerkschaftliche Organisation sehr stark in Mitteleuropa gezogen wurde, während der Weizen der gelben Verbände zu blühen begann. Die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit mußte von neuem in Angriff genommen werden, und sie war von Erfolg begleitet. Immerhin standen noch viele Arbeiter im mitteldeutschen Braunkohlengrund bei der Organisation fern, weshalb man dem Riesenkampf mit einiger Besorgnis entgegensehen mußte. Greislicherweise hat sich diese Sorge als grundlos erwiesen. Eine gewaltige Aufklärungsarbeit und eine geschickte Taktik der beteiligten Organisationen, die nicht durchkreuzt wurde von einzelnen vorziligen Stößtruppführern, hatten bewirkt, daß mehr als 90 Proz. der mitteldeutschen Bergarbeiter binnen wenigen Tagen im Streik standen, deren Stößkraft der Gesamtbewegung von vornherein einen Erfolg sicherte. Bei den Unternehmern der Braunkohlengrubenindustrie ist ein echtes Scharfsmagierium von altem Schrot und Korn tonangebend. Es hatte mit einem Zusammenbruch des Kampfes nach wenigen Tagen gerechnet und alles aufgegeben, um den gewerkschaftlichen Organisationen eine Niederlage zu bereiten. Doch es anders gekommen ist, dessen können sich nicht nur die Bergarbeiter und die übrigen beteiligten Organisationen freuen, sondern die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

**Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben.** In der Zeit vom 5. November bis zum 5. Dezember veranstaltete die Industrie- und Handelskammer zu Berlin in Verbindung mit der Gesellschaft von Freunden der Handelshochschule einen Vortragszyklus über „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben“. Es sind 16 Vorträge vorgesehen, unter denen auf folgende besonders hingewiesen sei: Am 5. November: Professor Dr. M. J. Bonn: „Technische und wirtschaftliche Rationalisierung“; am 7. November: Dr. Ing. Karl Koelgen: „Das laufende Band“; am 10. November: „Rationalisierung der Arbeit“ von Professor Dr. Brieß; am 18. November: „Rationalisierung der Textilwirtschaft“ v. Müller-Derlinghausen; am 21. November: „Rationalisierung und Arbeitslosigkeit“ von Professor Dr. Julius Hirsch; am 25. November: „Der geschlossene Warenweg“ von Professor Dr. Julius Hirsch; am 28. November: „Rationalisierung des Maschinenbaues“ von Karl Lange; am 2. Dezember: „Rationalisierung der Wärmewirtschaft“ von Professor Dr. Petersen und am 5. Dezember: „Rationalisierung bei der Reichsbahn“ von Dr. Ing. J. Dormmüller. Die Vorträge finden in der Handelshochschule, Berlin C 2, Spanbauer Straße 1, statt. Der Preis der Teilnahmekarte beträgt 2 M. für den Einzelsporttag und 15 M. für die ganze Vortragsreihe. Die Vorträge beginnen abends 8 Uhr.

**Die Abgrenzung der künftigen Landesarbeitsämter.** Vom 17. bis 21. Oktober fanden in Berlin Verhandlungen zwischen den Verwaltungsausschüssen der zurzeit bestehenden Landesämter für Arbeitsvermittlung, den Vertretern der Landesregierungen und dem Vorstand der Reichsanstalt über die Abgrenzung der künftigen Landesarbeitsämter statt. Der Entwurf des Vorstandes der Reichsanstalt sieht die Aufteilung des Reichsgebietes in 13 große Landesarbeitsbezirke vor, während zurzeit 22 Landesämter bestehen. Der Entwurf des Vorstandes der Reichsanstalt geht davon aus, möglichst gleich große und wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke zu schaffen. Da bisher die politischen Grenzen der Länder maßgebend waren, sind jezeitiger ganz kleine Zwergbezirke, wie z. B. Oberhessen, Hamburg, Lübeck und Oldenburg entstanden. Der Entwurf des Vorstandes der Reichsanstalt zeichnet sich durch Großzügigkeit aus. Die Verhandlungen mit den Regierungsstellen und Verwaltungsausschüssen liegen aufsehenerfüllend zum Teil die notwendigen Großzügigkeit vermissen. Obwohl künftig die Reichsanstalt bei Abgrenzung ihrer Untergliederung nicht an die politischen Grenzen der Länder gebunden ist und auch nicht sein kann, entstehen seitens der Landesregierungen immer wieder Wünsche, die bisherige politische Grenze auch künftig zu respektieren. Die Stellungnahme gelegentlich der Berliner Verhandlungen zeigte dabei ein recht starkes Durcheinander der Auffassungen. Es wird nun Aufgabe des Vorstandes der Reichsanstalt sein, auf Grund des Gesetzes die künftige Grenze der Arbeitsämter zu bestimmen. Dem Vernehmen nach ist eine Entscheidung des Vorstandes Anfang November zu erwarten.

**Der Arbeitsmarkt im September.** Wie das Reichsarbeitsblatt in seiner Nummer vom 20. Oktober berichtet, hat sich die Beschäftigungslage der deutschen Industrie nach den Einzelberichten typischer Betriebe im Berichtsmontat im ganzen nur schwach gebessert. Eine Zunahme der Beschäftigung war im Bau- und Baufußgewerbe, in der Maschinen- und in der Elektroindustrie, aber auch in der Textil- und Holzindustrie sowie im Nahrungs- und Genussmittelsgewerbe zu beobachten. Nach den monatlichen statistischen Meldungen der Gewerkschaften hat sich der Beschäftigungsstand weiter gebessert. Von den erfassten Mitgliedern waren im Berichtsmontat 93,0 Proz. (im Vormonat 92,2 Proz.) voll beschäftigt, 4,6 Proz. (5,0 Proz.) arbeitslos und 2,4 Proz. (2,8 Proz.) in Kurzarbeit beschäftigt. Über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen graphischen Verbänden bietet die reichsamtliche Statistik leider kein klares Bild mehr, da in Zukunft nur noch summarisch über das „Verweisseltigungsgewerbe“ berichtet wird. Hier kamen im September auf 100 erfasste Mitglieder 4,0 Arbeitslose und 1,0 Kurzarbeiter. Nach der

Monatsstatistik der Arbeitsnachweise betrug die Zahl der verfügbaren Arbeitsfindenden Ende September 865 321 Personen, gegenüber 945 184 Personen Ende August und 2 536 309 Personen Ende Januar des Jahres. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung betrug am 1. Oktober 355 462. Es wurden für insgesamt 405 607 Personen Familienaufsätze bezahlt.

**Steigende Einnahmen aus Massensteuern.** Das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1927 erbrachte einen Einnahmehörschub bei den Reichseinnahmen von 240 Millionen Mark. Diese Reichseinnahmen entfallen fast vollständig auf die Zölle und Verbrauchsabgaben. Die Besitz- und Verkehrssteuern sind als Ganzes genommen in der Höhe des Vorjahres bestehen geblieben. Die gesamten Reichseinnahmen von April bis September 1927 betragen 4115 Millionen Mark. Davon entfallen 2650 Millionen auf die Massenbelastung und 1464 Millionen auf die Besitzbelastung. Die Massensteuern haben, wie in den Vorjahren, zwei Drittel der Gesamteinnahmen aufgebracht. Die Lohnsteuern allein, die größte Massensteuer, erbrachte im ersten Halbjahr die Summe von 641 Millionen. Die Zölle erbrachten 628, die Verbrauchssteuern 825, die Umsatzsteuern 372 und die Beförderungssteuern 181 Millionen Mark. Wie diese Aufrechnung zeigt, wird der Reichshaushalt zum größten Teil von den Massensteuern bestritten.

**Die Filmproduktion Japans.** Mit seinen 75 Millionen Einwohnern stellt Japan einen der größten Filmmärkte der Welt dar. Nach den statistischen Ermittlungen hat Japan im vorigen Jahre 855 Filme produziert, während Amerika im gleichen Zeitraum nur 740 Filme hergestellt hat. Diese hohe Produktion ist um so überraschender, als sich Amerika rühmend darz, auf dem Weltmarkt des Filmexports an allererster Stelle zu stehen. Die Erklärung für diesen Vorgang ist darin zu suchen, daß Japan infolge seiner dichtgebrängten Bevölkerung nicht auf die Ausfuhr angewiesen ist, vielmehr an seinen Filmen im Inlande genügend verdient. Im übrigen weisen ja auch die japanischen Filme nicht unerheblich auf internationalen Geschmack ab. Auch das größte Lichtspielhaus der Welt befindet sich in der japanischen Hauptstadt Tokio. Es ist das „Hokutaga“, das ehemalige Schauspielhaus, das zu einem modernen Lichtspieltheater umgebaut worden ist und 10 000 Sitzplätze enthält.

**Patentsachen**

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg 7, Holstenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutzmitteln bereitwillig erteilt.

**Patentmeldungen**

- At. 154 5 75 778 Max Sabowitz, Berlin SW 61, Johannistempelstraße 12, „Meinigungs- und Reinigungsapparate für die Wärragen von Maschinen- und Seilmaschinen, bei der die Wärragen durch ein endloses Band oder dergleichen einen Reib- oder Schrubbewegung durch die Meinigungs- und Reinigungsapparate der Maschine geleitet werden“.
- At. 154 3 90 000 American Luge Saunders Company, Jersey, N. J., „Vogelabwehrvorrichtung für Felder, Gärten, Obstgärten und dergleichen“.
- At. 154 4 20 000 Josef Göttinger, Berlin W 20, Sülterstraße 13, Druckerei zur Verfertigung von künstlerischen Drucken und Prägnungen.

**Patenterteilungen**

- At. 154 451 788 Unter-Garnsdorf, Rangbrück bei Dresden, „Zeitsmagazin bei dem die Innen durch Röhren entsprechend der Entnahme der jeweils vordersten allmählich hindurchwandern“.
- At. 154 451 551 Georga Speich, Leipzig-Plagwitz, Schmiedische Gasse 420, „Vogelabwehrvorrichtung für Druckmaschinen, Falschmaschinen und dergleichen“.
- At. 154 1 007 142 Alfred Rieger, Rißth-Cosbina, West-Dresden, „Drahtmaschine mit sechs Zylinder und zwei Spindelachsen“.
- At. 154 1 007 200 Emil Schmann, Berlin S 59, Gräfenstraße 81, „Vogelabwehrmittel mit darauf angeordnetem Vogenanzünder“.

**Besprechungen**

**„Zuographische Mittelungen.“** Zeitschrift des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, 24. Jahrgang, 12. Heft, November 1927. Verkaufspreis für Nichtmitglieder 1,20 M., für Mitglieder 1,00 M. Das neunte Heft dieser Zeitschrift ist durchwegs in der Hauptsache auf die praktische Arbeit des Buchdruckers, der weniger mit Akademikern zu tun hat; es ist dem Interzessanten gewidmet. Das kommt bereits in dem Titelartikel des bekannten Kollegen Hahn W. deutlich zum Ausdruck. Die Fundamentierung der Mittelungen gibt wertvolle Hinweise auf den Zusammenhang mit den Interessen, die nicht nur „abgefragt“ werden sollen, sondern die, der jeht im Augenblick steht. Die Mittelungen sind ein wertvoller Beitrag zur Interzessantenarbeit, die den Interzessanten in der Interzessantenarbeit ein wertvolles Hilfsmittel bilden einige Ausführungen mit Beispielen über „Mittelungen“ der Interzessanten. Die zu dem einzelnen Aufsätzen geeigneten Beispiele ergänzen den Text recht wirkungsvoll. Der „Mittelungen“ S. 1 findet seine Fortsetzung und enthält wertvolle Hinweise für den Buchdrucker, genau so wie die Ausführungen in der Interzessantenarbeit. In dem vom Bildungsverband mit Unterstützung der „Mittelungen“ und der Mittelungen (Hintergrund) ausgehenden Interzessantenarbeit wird an den Mittelungen für die „Zuographischen Mittelungen“ an „Graphischen Mittelungen“ wertvolle Hinweise zur erfolgreichen Herstellung von „Mittelungen“ gegeben. In einem weiteren Aufsatz wird Kritik geübt an den bisherigen Bemerkungen der Buchdrucker. In der Zeitschrift „Das Buchdrucker“ wird die Mittelungen in der Interzessantenarbeit bemerkt. Die Mittelungen Zeitschrift „Das Buchdrucker“ bringt wieder beachtenswerte Beiträge zu u. a. von Heinrich Schenkel (Dresden). Der ewige Feder des bekannten Sprachforschers Dr. Hans R. Müller (München) eine sehr gute Abhandlung über „Die Mittelungen“ und „Mittelungen“ abgeleitet. Hauptwörter und Eigenschaftswörter auf „er“ in Verbindungen, der man nur recht geben kann. Auch der Sprachforscher ist wiederum sehr lehrreich.

**Versehiedene Eingänge**

**„Zuographische Mittelungen.“** Verbunden mit den Mittelungen für photomechanische Reproduktionstechnik. H. Oberbeck, Verlag Julius Müller in Leipzig.

**„Schweizer Graphische Mittelungen.“** Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. Herausgeber Max Müller in St. Gallen, 45. Jahrgang, Heft 10. Abonnementpreis für die Länder des Weltverbundes 7,50 Fr. halbjährlich.



Deutscher Drucker (Deutscher Buch- und Stein drucker) ...

Der moderne Buchdrucker, Oktoberheft 1927, Herausgegeben von der Vereinigung ...

Das neue Frankfurt, Monatsheft für die Fragen der Großbuchdruckerei ...

Gemeinschaftsblatt, Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung ...

Die Gemeinde, Monatsheft für soziale Arbeit in Stadt und Land ...

Ruhrrevue, Monatsheft für Kultur der Arbeiterklasse ...

Gestorben

In Kales (Wirtin) am 16. Oktober der Maschinenfabrik ...

In Düsseldorf am 19. Oktober der Seher Christian Müller ...

In Rempten i. M. am 18. Oktober der Seherinmalde ...

In Künzelesan am 18. Oktober der Seher Gottlieb ...

In Leipzig am 10. Oktober der Seher Otto ...

In Merseburg am 9. Oktober der Invalide Dittmar ...

Briefkasten

H. B. in Braua: Änderung war nicht mehr möglich, da Nummer bereits im Druck ...

H. B. in Braua: Änderung war nicht mehr möglich, da Nummer bereits im Druck ...

Anzeigegebühren: die festschriebene Nonpareillezeile 20 Pfennige ...

Anzeigeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige nächstfolgende Nummer ...

Adressenveränderungen

Buer i. B. Vorsitzender: Georg Gentschel, Eiserne ...

Zur Aufnahme gemeldet

Einwanderungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

San. in der Saale, Der Stereotypen ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung ...

Verbandsnachrichten

Verbandsbüreau: Berlin SW 61, Dreilindenstraße 6 ...

Statistikarten einlesen!

Statistikarten einlesen! Der Statistiker ...

Meinungsbehalten

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

Meinungsbehalten, Vor Konstitutionsannahme ...

STOFFE für Herren- u. Damen-Bekleidung

Zigaretten ein leiner Genuss

Seiziger Maschinenvereine

Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe

Notationsmaschinenmeister

Schriftsetzer Robert Seeger

Süchtiger, lediger Linotypen

Monotypiegeher

Buchdruckmaschinenmeister

Junger Schriftsetzer

Werkzeugkasten

Garant. einenes Honig

Für Anfänger!

Wichtige Vögel, Bettfedern

Stichel für Blei, Holz, Zeichenmaterial

Linoleum und Farben

Wintelhaken

Zwei Serienlostaten

Vertreter gesucht

Wichtige Vögel, Bettfedern

Wichtige Vögel, Bettfedern

Wichtige Vögel, Bettfedern

Wichtige Vögel, Bettfedern

Wichtige Vögel, Bettfedern

Billige Hauswäsche

Wiederum haben wir

MUSIK Instrumente

Stichel für Blei, Holz, Zeichenmaterial

Wintelhaken

Wiederum haben wir

Wiederum haben wir

Wiederum haben wir

Wiederum haben wir

Wiederum haben wir

# Erfahrungen eines Kollegen in den U.S.A.

Vor mehreren Jahren, als ich noch in der alten Heimat war, studierte ich Ihre englischen Lehrbriefe. Ich hatte nicht die geringsten Vorkenntnisse. Mit Brief 1 fing ich an und hielt getreu bis zum letzten Brief durch. Das Lernen der fremden Sprache fällt sicherlich so manch einem leichter als mir, weil meine Begabung für fremde Sprachen leider nur sehr gering ist. Aber Zähigkeit brachte mich dem Ziele täglich näher. Als ich mit dem Erlernen des Englischen nach Ihrem bewährten System begann, war ich 37 Jahre alt. Nicht einen Augenblick schwankte ich, in so hohem Alter noch eine fremde Sprache zu erlernen. An meinem Vater hatte ich ein herrliches Beispiel, denn er begann nach Ihren Unterrichtsbriefen Französisch zu lernen, als er 45 Jahre alt war. Da er Ihre Briefe gewissenhaft durchstudierte, so konnte er bequem an den interessantesten Debatten des damals bestehenden Cercle Français in Berlin teilnehmen. Wie erging es nun mir hier, nach meiner Ankunft in New York? Mein hier schon lange ansässiger Bruder, der mich nach Amerika kommen ließ, war erstaunt, daß ich Englisch sprechen konnte. Er dachte, ich hätte in Deutschland nach einem der sogenannten Patent-, Schnell- oder Natur- oder sonstige Systeme Englisch gelernt. Daß ich aber ein brauchbares Englisch in Wort und Schrift sicher beherrschte, hat außer meinem Bruder noch andere Amerikaner hier nicht schlecht in Erfahrung gesetzt. In Deutschland war ich mal Jahrzehnte früher Schriftsetzer. Um in Amerika nun nicht Geschirrwäscher oder Hausdiener zu sein, erinnerte ich mich meiner alten Buch-

druckerkünste, und 3 Tage nach meiner Ankunft hatte ich Arbeit durch meinen Bruder. Hätte ich nicht genügend Englisch gekannt, so hätte mein Bruder mir keine Arbeit verschaffen können. Nach einigen Monaten lernte ich überdies noch die englische Setzmaschine kennen, von der ich in Deutschland nichts gewußt hatte, und nach einigen Monaten ernstlichen Arbeitens bin ich nun seit Jahr und Tag an einer englischen Zeitung im Staate New York als englischer Maschinensetzer tätig, und Sie wissen, wir haben fix zu sein. In der Sicherheit des Buchstabierens übertreffe ich viele meiner amerikanischen Arbeitskollegen. Dies möchte ich ohne Großtuererei hervorheben; denn nur durch die Methode Toussaint-Langenscheidt habe ich ein so gutes und sicheres Beherrschen der fremden Sprache erwerben können. Wenn da die Leute glauben, sich durch irgendein anderes System eine Sprache gewissermaßen im Schlaf ohne ersüßliche Arbeit aneignen zu können, so täuschen sie sich zu ihrem eigenen Schaden. Wenn gar jemand denkt, er brauche bloß ein bißchen Englisch, er würde das bei seiner Ankunft in Amerika schon schnell genug sich aneignen, so wird er hier eine grausame Enttäuschung erleben. Denn der Kampf ohne Dasein hier beginnt recht bald nach der Landung. Was aber steht demjenigen offen, der nicht genügend gut Englisch beherrscht? Geschirrwäscher, Bäckerhelfer, Hausdiener, der die allergeringsten Arbeiten bei langer Arbeitszeit und sehr geringem Lohn zu verrichten hat. Kann aber jemand Englisch, weil er es nach der Methode Toussaint-

Langenscheidt erlernt hat, so steht ihm das Land der unbegrenzten Möglichkeiten offen, ganz gleichgültig, ob er Handwerker oder Akademiker ist. Hätte ich nach einem anderen System als gerade Toussaint-Langenscheidt meine Sprachstudien betrieben, so hätte ich nimmermehr mir eine so ausgezeichnete Kenntnis des Englischen verschaffen können, um gerade in meinem Beruf als Maschinensetzer mein gutes Auskommen zu verdienen. Je besser jemand Englisch kann, desto besser wird es ihm hier ergehen. Je besser jemand Englisch gelernt hat, desto mehr kann er sich der herrlichen englischen Literatur in seinen Feierstunden widmen und damit die Sprache immer besser kennenlernen. Niemand soll aber glauben, daß sich das alles im Handumdrehen erlernen ließe. Ohne Fleiß kein Preis; auch nicht in Amerika. Weil Toussaint-Langenscheidt allein und kein anderes System in Deutschland es mir möglich machte, eine fremde Sprache wirklich zu erlernen, ohne fremde Hilfe, ohne irgendeinen Lehrer, so möchte ich Ihnen heute über den Ozean ein herzliches „Danke“ zurufen und denjenigen deutschen Frauen und Männern, die gern Englisch lernen möchten, den Ratschlag erteilen, den ich selber 'ah mir' ausprobierte: Lernet Englisch nach der Methode Toussaint-Langenscheidt! Dann bleiben Euch Kosten und Enttäuschungen erspart, und der Erfolg muß kommen.

Otto J. Nadolny, Port Jefferson  
Long Island / New-York.

Es ist natürlich nicht nötig, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern, um gute Sprachkenntnisse mit Nutzen zu verwerten. — Auch bei der täglichen Arbeit findet sich reichlich Gelegenheit dazu. Der Satz fremdsprachlicher Werke z. B. ist nicht nur reine Übungssache, die Arbeit geht drei-, viermal so flink von der Hand, wenn Sie die fremde Sprache kennen. Schneller arbeiten heißt aber für Sie mehr verdienen!

Doch, das wissen Sie ja alles besser wie wir. Sie kennen Ihren Tarif, wissen auch, daß Arbeiten im fremdsprachlichen Satz Lohnzuschläge bringen. Es fragt sich nur, ob Sie auch schon den rechten Schluß daraus gezogen haben. Lassen Sie sich raten: Lernen Sie eine fremde Sprache — es lohnt sich für Sie auf jeden Fall! Es ist nicht schwer, es macht sogar Vergnügen und geht reichlich schnell, wenn

## Der Kleine Toussaint-Langenscheidt

Ihr Lehrmeister ist; die untenstehenden Urteile unserer Schüler und anderer Sachverständiger bestätigen es Ihnen. In einem halben Jahr lernen Sie mit dem kleinen Toussaint-Langenscheidt jede fremde Sprache von A-Z, d. h. Sie können nach dieser Zeit jeden fremdsprachigen Text lesen und verstehen, Sie können mit jedem Ausländer plaudern, und Sie

schreiben sogar in der fremden Sprache Briefe wie in Ihrer Muttersprache. Dabei stellt der Unterricht gar keine besonderen Anforderungen. Wenn Sie die deutsche Sprache lesen und schreiben können, so erlernen Sie auch mit dem Kleinen Toussaint-Langenscheidt jede fremde Sprache. Erschienen sind bisher die Lehrgänge für

## ENGLISCH / FRANZÖSISCH

Italienisch wird Anfang 1928 erscheinen. Spanisch, Russisch, Tschechisch folgen in Kürze  
**Jeder Lehrgang kostet Ihnen nur 3 Mark monatlich**

denn Sie können den Gesamtpreis von 12 Mark in Monatsraten zahlen, so daß also auch Ihr Geldbeutel nur leicht in Anspruch genommen wird. — Eine Probelektion des Kleinen Toussaint-Langenscheidt stellen wir Ihnen kostenlos und unverbindlich zur Verfügung. Füllen Sie nur den neben-

stehenden Abschnitt aus und senden Sie ihn ein — in drei, vier Tagen lernen Sie dann schon die ersten fremden Worte ohne einen Pfennig Kosten. Probieren geht immer noch über Studieren; — darum zögern Sie nicht lange und schicken Sie den ausgefüllten Abschnitt noch heute ab!

Ich ersuche um Zusage der im „Korrespondenten“ angebotenen Probelektion der

Ihre Hefte stellen für den zielbewußten Arbeiter eine vorzügliche Methode zur gründlichen Erlernung einer fremden Sprache dar, — vielleicht die vollkommenste.  
G. Beister, Berlin.

Es kann keine einfachere Erlernung fremder Sprachen geben. Ich will noch hinzufügen, daß ich keine höhere Schulbildung genossen habe und keine besondere Be-

gabung besitze, und trotzdem fällt mir die Erlernung der französischen Sprache nach Ihrer Methode gar nicht schwer.  
Kurt Behrendt, Tilsit.

Ich darf anerkennend sagen, der Aufbau der Lektionen ist sehr gut, das Lernen wird dem Lernenden leicht gemacht. Man wird mitten in das Leben hineingestellt, lernt rasch denken und reden in der fremden Sprache. Die Aussprachebezeichnung ist wirklich gut dargestellt und für jedermann leicht faßlich. Ich muß sogar bekennen, eine solch gute und natürliche Aussprache habe ich noch in keinem Lehrbuch gefunden. Mit Grammatik wird man nicht so sehr belastet, was viel dazu beiträgt, daß einem die Lust am Lernen nicht ver-

geht. Die Sprachübungen sind sehr dazu angetan, dem Lernenden das Gelernte fest und für dauernd ins Gedächtnis zu prägen. Summa summarum: Der Kleine Toussaint-Langenscheidt ist unübertrefflich und kaum noch in irgend etwas zu ergänzen. Das Lernen wird zur Freude, ja beinahe zur Unentbehrlichkeit.  
Hermann Blikle, Vaihingen a. F.

„Ja, man möchte beinahe sagen, daß es für den Selbstdenker keine günstigere Lösung gibt. Denn er spart Zeit und beherrscht nach der 20. Lektion die Sprache besser, als wenn er in langen Nächten große Werke „gewälzt“ hätte. Man kann diesem Werk also nur den größten Erfolg wünschen!  
„Ostsee-Zeitung“, Stettin.

Sprache, kostenlos, portofrei u. unverbindlich

Name: .....  
536  
Beruf: .....  
Ort u. Str.: .....

**LANGENSCHIEDTSCHER VERLAGSBUCHHANDLUNG**  
(PROF. G. LANGENSCHIEDT) G.M.B.H. / BERLIN-SCHÖNEBERG, BAHNSTRASSE 28-30